

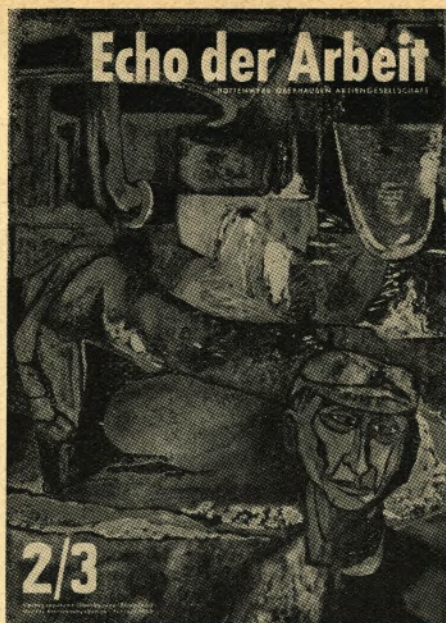
Echo der Arbeit

HÜTTENWERK OBERHAUSEN AKTIENGESELLSCHAFT



2/3

Verlagspostamt Oberhausen / Rheinland
Nur für Betriebsangehörige - Februar 1938



Nicht vornehmlich Maschinen und Produktionsanlagen, sondern die Menschen, die in einem Werk arbeiten, bestimmen sein Gesicht. Das Antlitz dieser Menschen wiederum wird geprägt von der täglichen Arbeit, die sie verrichten. Es ist schwierig, wenn nicht gar unmöglich, für die Kamera diesen inneren Zusammenhang in der Fotografie sichtbar zu machen. Dem eigengestaltenden Künstler wird es hier eher gelingen, durch die vordergründige Form der Dinge und Menschen hindurchzusehen und ihre innere Verbindung aufzudecken. Er muß dabei bewußt auf eine naturgetreue Abbildung der Gegenstände verzichten, um durch Weglassen der Zufälligkeiten — durch Abstraktion — zum wesentlichen Kern vorzudringen. Diese Überlegungen müssen berücksichtigt werden, bevor man sich beim Betrachten unseres Titelbildes zu voreilig-abfälligen Worten hinreißen läßt. Die fotografische Abbildung hätte natürlich eine viel präzisere Darstellung eines Abstriches am Hochofen geben können; aber darum ging es der Künstlerin, der Folkwangschülerin Lilo Glaser, am allerwenigsten. Man mag der Aussagekraft der modernen Kunst ablehnend gegenüberstehen — niemand wird jedoch den farblichen Reiz und die eigenwillige Formensprache des Bildes in Abredustellen. Man muß natürlich genau hinschauen.

JAHRGANG 9 24. FEB. 1958 **2/3**

- Wir halten Schritt
- +
- Wie sieht unsere Bilanz aus?
- +
- Von Aktien und Aktionären
- +
- Stabile Preise — festes Geld
- +
- Die Verantwortung
- +
- Das „Blaue Band“ der Unfallverhütung bleibt weiterhin in Oberhausen
- +
- Soziale Probleme im automatisierten Betrieb
- +
- Günstiger Krankenstand muß erhalten bleiben!
- +
- Arbeitsschutz in USA
- Sicherheit als „Business“
- +
- Arbeitgeberzuschuß wird nicht in jedem Fall gezahlt
- +
- HOAG-Chronik

ECHO DER ARBEIT

Herausgeber: Hüf-
tenwerk Oberhausen Aktiengesellschaft, Verantwortlich:
Direktor Karl Strohmenger, Redaktion: Karl-Heinz
Sauerland und Manfred Okroy, Oberhausen (Rhein-
land), Essener Straße 66 (Hauptverwaltung). ECHO
DER ARBEIT ist eine zweimal monatlich erschei-
nende Zeitschrift für die Mitarbeiter der Hüf-
tenwerk Oberhausen AG. Die Zustellung erfolgt
kostenlos. — Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten,
Oberhausen (Rhld.), Klischees: Vignold, Essen.

Die Wirtschaft geht jeden an

Das Wort „Konjunktur“ erscheint seit Jahren tagtäglich in den Zeitungen, und zwar keineswegs nur im Wirtschaftsteil. — Mehr als die Hälfte der Bevölkerung Westdeutschlands, so ergab der Test eines Instituts zur Erforschung der öffentlichen Meinung, aber hat noch nichts davon gehört oder weiß nichts damit anzufangen. Sicherlich überrascht diese Feststellung nicht allzusehr, denn es ist bekannt, daß die Unwissenheit auf wirtschaftlichem Gebiet enorm ist. Was weiß der Normalverbraucher — oder besser gesagt: Herr Jedermann — schon von den verschiedenen Wirtschaftssystemen, was weiß er vom Kapitalmarkt; sicherlich wissen viele Menschen nicht einmal, was eine Aktie ist, oder haben nur unklare Vorstellungen darüber, was eine Aktiengesellschaft ist. Alle aber, einschließlich Lieschen Müller, reden davon, daß die Wirtschaft unser Schicksal ist, daß das Funktionieren unserer Wirtschaft schlechthin die materielle Grundlage für das Wohlergehen eines jeden einzelnen ist.

Für den völlig Unbewanderten ist die Wirtschaft wahrhaftig ein überaus kompliziertes, ein auf den ersten Blick schwer überschaubares Gebilde. Die technische Entwicklung der industriellen Produktion, der Geld- und Kapitalverkehr, Handel und Versorgung, die Wirtschafts- und Steuergesetze, all dies ist recht verwickelt und scheint seine eigene Dynamik zu haben. Hinzu kommt, daß der Wirtschaftsteil der Tagespresse meist in einer Sprache gehalten ist, die nicht nur trocken und spröde, sondern für Herrn Jedermann einfach nicht verständlich ist. Das hat dann nicht zuletzt dazu geführt, daß viele Menschen auf dem Standpunkt stehen, daß Wirtschaft eine langweilige Fachangelegenheit sei. Man fühlt sich jenen geheimnisvollen Mächten ausgeliefert, statt sie zu beherrschen. Die Folge davon ist, daß Angst und Mißtrauen sich breit machen, weil hier etwas Fremdes und Unbegreifliches das Leben der Menschen weitgehend zu beeinflussen scheint; denn leider ist die Wirtschaft, obwohl scheinbar so allbeherrschend, in Wahrheit ein Stiefkind des Denkens. Das ist um so gefährlicher, als die Wirtschaft jeden täglich angeht.

Wir brauchen Menschen, die den Überblick behalten, die sich ein Urteil bilden können, die Anteil nehmen, die mitdenken, mitwissen, mitverantworten. Vielleicht war noch nie wirtschaftliche Aufgeklärtheit so wichtig, noch nie wirtschaftliches Desinteresse so gefährlich wie heute. Dabei kann dem Arbeiter, der Tag für Tag am Hochofen, an der Drehbank oder einer Maschine steht, gewiß kein Vorwurf gemacht werden, wenn ihn angesichts einer Bilanz, die er irgendwo abgedruckt findet, ein leichtes Grausen befällt. Die Begriffe und Zahlen erscheinen ihm wie eine Geheimsprache, wie ein Buch mit sieben Siegeln. Woher soll er aber auch das Wissen haben, um dies, was für ihn „böhmische Dörfer“ sind, zu enträtseln? Wir müssen dem französischen Soziologen Lucien Romier beipflichten, der einmal schrieb, daß die eigentliche Krise unseres Wirtschaftssystems auf einem Erziehungsfehler beruhe. Da werden die jungen Menschen in den Schulen mit Wissen aller Art vollgestopft, da hört man aber auch immer wieder das Schlagwort, wonach die Wirtschaft unser aller Schicksal ist, aber dessen ungeachtet scheint in den Lehrplänen unserer Schulen die Wirtschaft überhaupt nicht zu existieren. Gewiß, von den Schulen wird heute von allen Seiten viel verlangt. Trotzdem kommen wir nicht umhin, uns die Tatsache vor Augen zu führen, daß Grundkenntnisse der wirtschaftlichen Zusammenhänge schon in der Schule vermittelt werden sollten. Ernst Wolff Mommsen, Vorstandsmitglied der Phoenix-Rheinrohr AG, gab kürzlich der Ansicht Ausdruck, daß Wirtschaft und Bildung zwei nicht mehr zu trennende Begriffe seien, ein Verständnis unserer Zeit ohne Kenntnis der Grundtatsachen unseres wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Seins nicht mehr möglich sei.

Das Verhalten jedes einzelnen im Wirtschaftsprozess ist letztlich entscheidend für dessen Form und Verlauf. Je mehr der einzelne von den Spielregeln der Wirtschaft weiß, desto richtiger, desto vernünftiger wird er reagieren. In Erkenntnis dieser Tatsache haben wir in der vorliegenden Ausgabe der Zeitschrift den Geschäftsbericht sowie den Verlauf der Hauptversammlung wieder einmal ausführlich und allgemeinverständlich erläutert. Jedes Belegschaftsmitglied soll sich ein Bild machen können von der Lage des Unternehmens. Vertrauen gegen Vertrauen! Ein Unternehmen wie das unsrige ist ein lebendiges Stück Wirtschaft. Am Beispiel unseres Werkes läßt sich daher erklären, demonstrieren und immer wieder auf die großen Zusammenhänge hinweisen. Das Bedürfnis nach solcher Orientierung ist sicherlich groß. Diesem Bedürfnis nachzukommen, sehen wir als unsere vornehmste Aufgabe an. Offenheit macht sich bezahlt! Nur der wohlgeordnete, leistungstüchtige Betrieb kann seine „Karten offen auf den Tisch legen“ und bei seinen Mitarbeitern um Vertrauen und — in schwierigen Situationen — sogar um Verständnis werben. Ohne Kenntnis gewisser betriebs- und volkswirtschaftlicher Grundbegriffe aber wird ein solches Verständnis für das wirtschaftliche Geschehen im Betrieb nicht erreicht werden können. Hierzu ein Beispiel: Nicht nur in der Arbeiterschaft, sondern auch bei vielen sogenannten Gebildeten ist die Meinung anzutreffen, daß der in der Bilanz ausgewiesene Gewinn gleichzusetzen ist mit einem Kassenbestand. In dieser Hinsicht wird es nicht leicht sein, allen Lesern klarzumachen, daß der Gewinn nur ein Verhältnis ausdrückt, nämlich das verbesserte Verhältnis zwischen Eigenkapital und Fremdkapital am Ende eines Geschäftsjahres gegenüber dem Stande zu Beginn des Abrechnungszeitraumes, daß Gewinn und Liquidität also zwei völlig verschiedene Angelegenheiten sind.

Um dies zu wissen, muß man sich schon die Mühe machen, ein wenig an sich selbst zu arbeiten, sich einige Sachkenntnisse anzueignen, um kaufmännische Fragen zu beurteilen und über sie mitzureden. Dazu gehört keine betriebs- oder volkswirtschaftliche Diplomprüfung, sondern lediglich Kenntnis der kaufmännischen Grundbegriffe und ein gesunder Menschenverstand. Nicht nur der einzelne wird seinen Nutzen davon haben, sondern auch das Werk kann sich glücklich schätzen, wenn es sich auf Mitarbeiter stützt, die Bescheid wissen um die Dinge der Wirtschaft, die eine Lage richtig einzuschätzen vermögen und zu einem eigenen Urteil fähig sind. Gerade der Arbeitnehmer sollte ein großes Interesse zeigen an der Entwicklung des Werkes. Von ihm hängt seine Existenz ab; der Betrieb schafft die materielle Sicherung für das Leben der Familie. Das heißt: Die Wirtschaft geht jeden an.

Hauptversammlung 1958:

Wir halten Schritt

Als eines der ersten der zum 30. September bilanzierten Unternehmen legte die Hüttenwerk Oberhausen AG ihren Aktionären und der Öffentlichkeit den Jahresabschluß und Geschäftsbericht vor. Die Hauptversammlung, die dem Gesetz und der Satzung entsprechend einberufen wurde, fand am gleichen Tag wie im Vorjahr, am 28. Januar, statt. Den Vorsitz in der Hauptversammlung führte, gemäß der Satzung der Hüttenwerk Oberhausen AG, der Vorsitzende des Aufsichtsrates, dessen Ausführungen über die Geschäftslage und das Vorhaben der Gesellschaft den Mittelpunkt der Versammlung bildeten. Die Hauptversammlung beschloß über die Verteilung des Reingewinns für das Geschäftsjahr 1956/57, über die Entlastung des Vorstandes und des Aufsichtsrates sowie über die Wahl des Abschlußprüfers für das Geschäftsjahr 1957/58. Voraufgegangen war die Vorlage des Jahresabschlusses des letzten Geschäftsjahres mit einem von dem Vorsitzenden unseres Aufsichtsrates, Bankdirektor Fritz Butschkau, ausführlich vorgetragenen Bericht des Vorstandes und des Aufsichtsrates.

Bevor man in die Verhandlung eintrat, bat der Vorsitzende des Aufsichtsrates, Bankdirektor Fritz Butschkau, die Versammlung, in Ehren und Dankbarkeit derjenigen 68 Mitarbeiter zu gedenken, die während des letzten Geschäftsjahres durch den Tod abberufen wurden. Ihre Namen wurden im Geschäftsbericht genannt. Sein Grußwort galt den Aktionären, die in großer Zahl erschienen waren und dadurch in besonderer Weise ihre Verbundenheit mit dem Werk zu erkennen gaben. Insgesamt waren anwesend 387 Aktionäre oder Aktionärvertreter. Von dem Grundkapital von 208 Mill. DM, auf das 2080000 Stimmen entfallen, war vertreten ein Kapital von 177317200 DM mit 1773172 Stimmen. Das sind 85,25 Prozent des Kapitals und der Stimmen. Der besondere Gruß des Aufsichtsratsvorsitzenden galt denjenigen Aktionären, die nach der im Sommer erfolgten Kapitalerhöhung neu mit der Hütte verbunden wurden, indem er ihnen für das Umtauschvertrauen dankte, das sie der Hütte entgegenbrachten. Bis zum Tage der Hauptversammlung ergab sich ein Umtauschergebnis von 99,2 Prozent.

Ein herzliches Wort der Begrüßung richtete Direktor Butschkau an Bergassessor Dr. h. c. Hermann Kellermann, den früheren Generaldirektor

der GHH, der in der Hauptversammlung von 28. Januar 1957 auf eigenen Wunsch aus dem Aufsichtsrat ausschied. Im Geschäftsbericht heißt es im Bericht des Aufsichtsrates: „Herr Dr. Kellermann, der den Vorsitz im Technischen Ausschuß des Aufsichtsrates seit dessen Konstituierung im Jahre 1952 führte, hat wesentlichen Anteil an der modernen Entwicklung der Hütte genommen und sie in entscheidenden Punkten beeinflußt. Das Hüttenwerk wird ihm stets dafür zu danken haben, daß er die Erfahrung eines Lebens im Dienste der Gutehoffnungshütte zur Verfügung stellte und so gerade in den hinter uns liegenden kritischen Jahren des Aufbaues als Mentor über der Entwicklung des Werkes wachte. Der Aufsichtsrat fühlt sich Herrn Dr. Kellermann in Dankbarkeit verbunden und hat diesem Gefühl durch die Errichtung der Hermann-Kellermann-Stiftung Ausdruck gegeben, die erstmalig in diesem Jahr in den Büchern des Werkes erscheint.“

Zu Punkt 1 der Tagesordnung — „Vorlage des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr 1956/57 mit dem Bericht des Vorstandes und des Aufsichtsrates“ — wies Direktor Butschkau zur Abrundung des im Geschäftsbericht gegebenen Bildes auf einige Fakten besonders hin. Als wichtigstes



Auf dem oberen Bild erkennt man von links nach rechts Christian Fette, Bergassessor a. D., Dr. Hermann Reusch, Bankdirektor Fritz Butschkau, Notar Blumberg und die Vorstandsmitglieder Direktor Dr. Graef und Direktor Siering. Unten: Direktor K. Strohmenger im Gespräch mit Notar Blumberg; sitzend Wilhelm Petersen und August Jürs, stehend der Technische Direktor Dr. R. Graef und Oberbürgermeister a. D. Hasenjaeger

Ereignis des vergangenen Geschäftsjahres nannte er die nach zehnjähriger Trennung erfolgte Wiederzusammenführung von Kohle und Stahl. Zu diesem Zweck wurde bekanntlich in der außerordentlichen Hauptversammlung vom 13. August 1957 eine Kapitalerhöhung um 104 Mill. DM beschlossen. Daraus wurde im Wege des Aktienumtausches de facto zu fast 100 Prozent das 104 Mill. DM betragende Grundkapital der Bergbau AG Neue Hoffnung erworben. Die mit dem Beteiligungserwerb zusammenhängenden organisatorischen Fragen, so betonte der Aufsichtsratsvorsitzende, seien noch nicht so weit geklärt, daß man schon jetzt darüber berichten könne. Als einen ersten Erfolg der Bemühungen um eine Intensivierung der Verbundwirtschaft erwähnte er die erzielte Verringerung der Gichtgasverluste. Auch die in Angriff genommene Umgestaltung der Abteilung Verkehr berechtige zu guten Hoffnungen.

Als wichtigen, die Aktionäre interessierenden Komplex, bezeichnete Direktor Butschkau die Investitionen, ihre Planung und ihre Finanzierung. Wie ein roter Faden, so betonte er, laufe durch unsere Unternehmenspolitik das Bestreben der Rationalisierung, Kostensenkung, Qualitätsverbesserung sowie der größeren Diffe-

renzierung und Elastizität unseres Produktionsprogramms den Vorrang zu geben vor reinen Kapazitätsausweitungen.

In diesem Zusammenhang erwähnte der Vortragende die wichtigsten der im letzten Geschäftsjahr fertiggestellten Investitionen. Im Juni 1957 wurde das größte Bauvorhaben des Werkes in der Nachkriegszeit, die Grobblech-Quartstraße, mit einem Aufwand von 73 Millionen DM abgeschlossen. Bereits im September 1957, teilte Direktor Butschkau mit, wurde die bisherige Höchstleistung der Grobblechstraßen von monatlich 9000 t um 4500 t überschritten. Für die kommenden Monate sei eine Produktion von 40000 t vorgesehen, die nach Abschluß der eingeleiteten Erweiterungen der Stahlwerke auf 50000 t gesteigert werden soll. Der für später vorgesehene Ausbau der Wärmeöfen des Grobblechwalzwerkes und die Elektrifizierung der bisher mit Dampf angetriebenen Duo-Grobblechstraße soll darüber hinaus eine Monatsleistung von 60000 t Grobblechen ermöglichen.

Nachdem so die Modernisierung und Rationalisierung der Walzwerksbetriebe ausgezeichnet geglückt sei, was einen Durchsatz von 2 Mill. t/Jahr Rohstahl gestatte, soll dahingehend — im Rahmen der Markt-



Gespannt lauschten die Aktionäre den Worten unseres Aufsichtsratsvorsitzenden. In Ergänzung zum Geschäftsbericht schilderte Direktor Fritz Butschkau in klarer und präziser Formulierung die gegenwärtige Situation und die Zukunftsaussichten unseres Werkes.

entwicklung — die Rohstahlkapazität, die gegenwärtig 1,7 Mill. t/Jahr beträgt, erweitert werden. Die ersten Schritte dazu, so gab Direktor Butschkau zu verstehen, seien bereits getan.

- Im Bereich des Hochofenbetriebes sind drei Bauvorhaben angelaufen: Eine Erzbrech- und -siebanlage im Hafen Walsum. Die Bauarbeiten sind bereits weit fortgeschritten. Voraussichtlich wird die Anlage schon in der ersten Hälfte dieses Jahres in Betrieb genommen werden können. Das zweite Bauvorhaben im Südhafen Walsum, die Sinteranlage, befindet

Am Eingang zum Saal wurden die Aktionäre empfangen und von den Eintrittskarten die Kontrollabschnitte gelöst. Auf diesen Abschnitten war die Stimmenzahl eingetragen, über die der einzelne Aktionär bei den Beschlussfassungen verfügt.



sich im letzten Stadium der Planung.

Der Bau des neuen Hochofens macht Fortschritte und tritt jetzt auch nach außen hin in Erscheinung. — Auf längere Sicht ist es jedoch nach Fertigstellung des neuen Hochofens notwendig, die bestehenden Öfen zu erneuern, wobei grundsätzlich an eine Rationalisierung und Modernisierung gedacht wird.

- Im Stahlwerk kommt Anfang März ein neuer Rotor in Betrieb. Der für diesen benötigte Sauerstoff wird aus einer Anlage zur Verfügung gestellt, die Anfang dieses Jahres fertiggestellt wurde. — Ein neuer 200-t-SM-Ofen wird erst in der ersten Hälfte 1959 für die Stahlerzeugung bereitstehen.
- Von den Nebenbetrieben ist das Zementwerk als rationellster Schlackenverwerter von besonderem Interesse. Die Kapazität wurde durch verschiedene bauliche Maßnahmen erheblich gesteigert.

Schließlich ließ Direktor Butschkau nicht unerwähnt, daß die auf uns zukommenden neuen Gesetze hinsichtlich der Reinhaltung von Luft und Wasser der gesamten deutschen Industrie schwierige und kostspielige Aufgaben stellen werden.

Als „Nervus rerum“ des Investitionsvorhabens bezeichnete der Vortragende die Finanzierungsfrage. (Vgl. hierzu die im folgenden Artikel dargelegten Feststellungen zur Finanzierung der Investitionen im vergangenen Geschäftsjahr.)

Zur Geschäftsentwicklung konnte für das abgelaufene Jahr gesagt werden, daß alle unsere Produktionsbetriebe voll beschäftigt gewesen sind. Jedoch, habe sich, so betonte Butschkau, die sich bereits bei Beginn des Geschäftsjahres abzeichnende Verlangsamung des Wachstums auf nahezu allen Wirtschaftsgebieten in der ganzen Welt fortgesetzt. Während auf dem westdeutschen Stahlmarkt zu Beginn des Geschäftsjahres die Nachfrage

noch überwogen habe, gleiche sie sich nunmehr dem Angebot an.

Der prozentuale Anteil unseres Werkes an der Erzeugung in der Bundesrepublik betrug im vorvergangenen Geschäftsjahr bei Roheisen 8,2 Proz., bei Rohstahl 7,4 Proz. und bei Walzwerksfertigerzeugnissen 6,8 Proz.

Diese Sätze haben sich nach Mitteilung des Aufsichtsratsvorsitzenden im letzten Geschäftsjahr leicht gesenkt und lagen bei Roheisen bei 7,8 Proz., bei Rohstahl bei 7,0 Proz. und bei Walzwerksfertigerzeugnissen bei 6,5 Proz. Dieser relative Rückgang beruhe darauf, daß neue Werke hinzukamen und bestehende ihre Kapazität erhöhten.

Danach machte Direktor Butschkau einige Angaben zur Entwicklung des Werkes Gelsenkirchen, wo die konjunkturelle Verlangsamung sowie eine stagnierende Investitionstätigkeit einen Rückgang des Inlandsabsatzes zur Folge hatte, wegen auf den Exportmärkten der Absatz sowohl mengen- als auch wertmäßig stark gesteigert werden konnte. Der Exportanteil des Werkes Gelsenkirchen erreichte mit 25 Proz. (Vorjahr 10 Proz.) eine seit Jahren nicht gekannte Höhe. Nur hierauf, so resümierte der Aufsichtsratsvorsitzende, sei es zurückzuführen, daß der Versand um 1,9 Proz. und der Umsatz um 4 Proz. erhöht werden konnten.

Der Umsatz von Oberhausen und Gelsenkirchen im abgelaufenen Geschäftsjahr betrug 770 Mill. DM gegenüber 687 Mill. im Vorjahr. In den Umsatzzahlen des Geschäftsjahres 1956/57 haben sich die am 20. Oktober 1956 eingetretenen Preiserhöhungen sowie die günstigeren Erlöse durch den Export in dritte Länder ausgewirkt. Der prozentuale Anteil des Exports am Gesamtumsatz belief sich im Jahre 1956/57 auf 23 Proz. gegenüber 17 Proz. in 1955/56.

In den ersten drei Monaten des neuen Geschäftsjahres, so teilte Direktor Butschkau der Hauptversammlung mit, haben sich die Lieferungen gegenüber dem Durchschnitt des Vorjahres etwa auf gleicher Höhe gehalten.

Allerdings mache sich eine zunehmende Verlagerung vom Export in dritte Länder zum Inlandsabsatz bemerkbar, was hinsichtlich der Ertragsgestaltung Folgen haben werde. Die Gesamtsituation faßte Butschkau in den Worten zusammen: „Die atmosphärischen Verhältnisse werden sich im neuen Jahr also nicht nur beim Bundeshaushalt und auf manchen anderen Gebieten unseres großen Wirtschafts- und Sozialkörpers verschlechtern; ich glaube, sagen zu dürfen, daß wir das gute Wetter bisher gut genutzt haben, aber auch auf bezogenen Himmel gefaßt sind.“

Zur Ausschüttung der Dividende von 9 Proz. auf das dividendenberechtigte Grundkapital von 104 Mill. DM sagte Herr Butschkau, daß hiermit ein entsprechender Anteil aus den guten Erträgen des Geschäftsjahres an die Aktionäre weitergegeben werde. Aufsichtsrat und Vorstand hätten bei der Festlegung des Dividendensatzes alle Momente sorgfältig abgewogen, dabei selbstverständlich auch die Sicherheit des Werkes im Auge behalten, was nicht zuletzt im Interesse der Aktionäre liege. Dabei müsse man unterstellen, daß in Zukunft, wo auf das doppelte Grundkapital Gewinnausschüttungen vorzunehmen sind, die Bergbau AG Neue Hoffnung uns diesen Teilbetrag erwirtschaften werde. Im übrigen liege die HOAG mit ihrem Dividendensatz in der Linie vergleichbarer Werke.

Besonderes Interesse fanden ferner die von dem Aufsichtsratsvorsitzenden ausführlich behandelten Belegschaftsfragen. Was die Entwicklung der Belegschaftszahl anlange, so habe diese sich nach einigen Jahren mit relativ geringer Bewegung aufwärts entwickelt. Mit insgesamt 14700 Mitarbeitern nimmt sie nunmehr einen neuen Höchststand ein. Am Ende des Geschäftsjahres wurden insgesamt rd. 13200 Arbeiter und 1500 Angestellte beschäftigt. Butschkau wies darauf hin, daß diese Erhöhung überwiegend auf die im Geschäftsjahr 1956/57 sich voll auswirkende Arbeitszeitverkürzung zurückzuführen sei. „Da es keine Automatik zwischen Arbeitszeitverkürzung und zunehmender sogenannter technischer Produktion gibt, bewirkte bei uns diese Belegschaftsvermehrung ein Absinken der Leistung je Arbeiter von 13,10 t im Monatsdurchschnitt des Geschäftsjahres 1955/56 auf 12,52 t im Geschäftsjahr 1956/57.“ Daß trotzdem weitere personalsparende Rationalisierungsmaßnahmen möglich waren, sei daraus ersichtlich, daß der Rückgang der wöchentlichen Arbeitszeit um 12,4 Proz. erfolgte, während die Belegschaftserhöhung nur 6,6 Proz. ausmachte.

Der Rückgang der Arbeitszeit um rd. 6 Wochenstunden greife demnach weit mehr in die Zusammenhänge zwischen volkswirtschaftlicher Leistung, Produktivität und betriebswirtschaftlicher Ertragskraft ein als in der Diskussion um die Einführung der 45-Stunden-Woche zum Ausdruck gekommen sei. Die Folgen dieser Verkürzung der Arbeitszeit lassen nach den Worten von Direktor Butschkau eine sinnvolle und gründliche Vorprüfung etwa weiterer Arbeitszeitverkürzungen unbedingt erforderlich erscheinen.

Dabei müsse man als allgemeinen Grundsatz anerkennen, daß die Verkürzung der Arbeitszeit nicht auf Kosten des schon erreichten nationalen Produktionsstandes durchgeführt werden dürfe.

Als viel diskutiertes Ereignis auf sozialpolitischem Gebiet nannte er

ferner die Einführung des Gesetzes zur Verbesserung der wirtschaftlichen Sicherung der Arbeiter im Krankheitsfalle. Für dieses Gesetz, so sagte er, sprächen soziale Maxime; dagegen die Einsicht jenes Filmtitels „Wenn wir alle Engel wären...“ Mit besonderer Freude aber konnte er der Hauptversammlung mitteilen, daß die anfänglich auch bei der HOAG wenig ermutigenden Erfahrungen inzwischen der Vergangenheit angehören. „Es spricht für die gute Zusammenarbeit zwischen Verwaltung, Betriebsrat und Belegschaft, daß es ihnen in gemeinsamen Anstrengungen gelungen ist, Krankenstand und Unfallstand wieder zu normalisieren.“

Schließlich, so äußerte er, habe das Hüttenwerk Oberhausen wegen der in ihm realisierten Vorstellungen über Inhalt und Grenzen der betrieblichen Sozialarbeit des öfteren in der öffentlichen Diskussion gestanden. Um Mißverständnissen vorzubeugen, wiederholte er noch einmal, daß die Werksleitungen bei ihren Maßnahmen von der Erkenntnis ausgehen, daß die fürsorglichen Einrichtungen nicht den wichtigsten Gegenstand der betrieblichen Sozialpolitik ausmachen. Die primären Aufgaben liegen nach ihrer Ansicht vielmehr darin, den arbeitenden Menschen vor gesundheitlichen und finanziellen Schäden zu bewahren, die mit seiner Arbeit verbunden sein können. In dem Maße, wie sich mit der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Konsolidierung der Lebensverhältnisse auch die materiellen Voraussetzungen dazu verbessert hätten, müsse die persönliche Verantwortung und Selbständigkeit des einzelnen Menschen gefördert werden. Während so auf der einen Seite in karitativen Maßnahmen Zurückhaltung geübt werde, fördere das Werk andererseits Aufgaben der Unfallverhütung und der Gesunderhaltung der Belegschaft sowie der wirtschaftlichen Sicherung alter und nicht mehr voll einsatzfähiger Mitarbeiter.

Auch auf den Werkwohnungsbau kam der Aufsichtsratsvorsitzende zu

sprechen. Solange ausreichender Wohnraum fehle, müsse das Werk es sich nicht zuletzt im eigenen Interesse angelegen sein lassen, Wohnungen zu bauen. Dabei übernehme das Werk Aufgaben, die ihm an sich wesensfremd, die ihm aber in der Nachkriegszeit andere Träger nicht hätten abnehmen können. Der Hütte, so teilte er mit, stünden 4300 Wohnungen zur Verfügung, trotzdem bestehe ein weiterer Bedarf von gegenwärtig etwa 800 Wohnungen. Es sei jedoch die Frage, ob der wirkliche Wohnungsbau bei dem zu erwartenden Abbau der steuerlichen Vergünstigungen der 7er Paragraphen weiter fortgesetzt werden könne. Als persönliche Bemerkung fügte Direktor Butschkau hinzu, daß die Begünstigungen der 7er Paragraphen verschwinden müßten läge wohl im Interesse der Allgemeinheit, denn es sei mit den Möglichkeiten dieser punktuellen Steuerbegünstigungen in erheblichem Maße Mißbrauch — legaler Mißbrauch gewissermaßen — und Steuerunrecht getrieben worden. Wenn schon in Zukunft noch Subventionen für den Wohnungsbau notwendig sein sollten, so besser über offene, der Kritik zugängliche Ausgabepositionen von Bund und Ländern, statt über Einnahmeverzichte, deren Größenordnung und Durchführungspraxis sich der öffentlichen Kritik entzögen und manchem geholfen hätten, sich aus den Maschen des Gesetzes eine Reihe sehr schöner und sehr warmer Pull-over zu stricken.

Diesen Teil seines Berichtes, der der Lage des Werkes gewidmet war, schloß der Aufsichtsratsvorsitzende ab mit einem herzlichen Wort des Dankes an die gesamte Belegschaft sowie an Betriebsrat und Vorstand für die sachlich hervorragende und pflichttreue Arbeit.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung „Beschlufassung über die Verwendung des Reingewinns des Geschäftsjahres 1956/57“ meldete sich ein Aktionär zu Wort, der anregte, das Stimmrecht für



Kleines Gespräch am Rande der Hauptversammlung. Links: Dr. Pahl, ein Aktionär; Mitte: Walter Kaecke, Mitglied unseres Aufsichtsrates; rechts: Bergassessor a. D. Klaus Haniel, Angehöriger der Gründerfamilie und Vorstandsmitglied der Bergbau AG Neue Hoffnung.

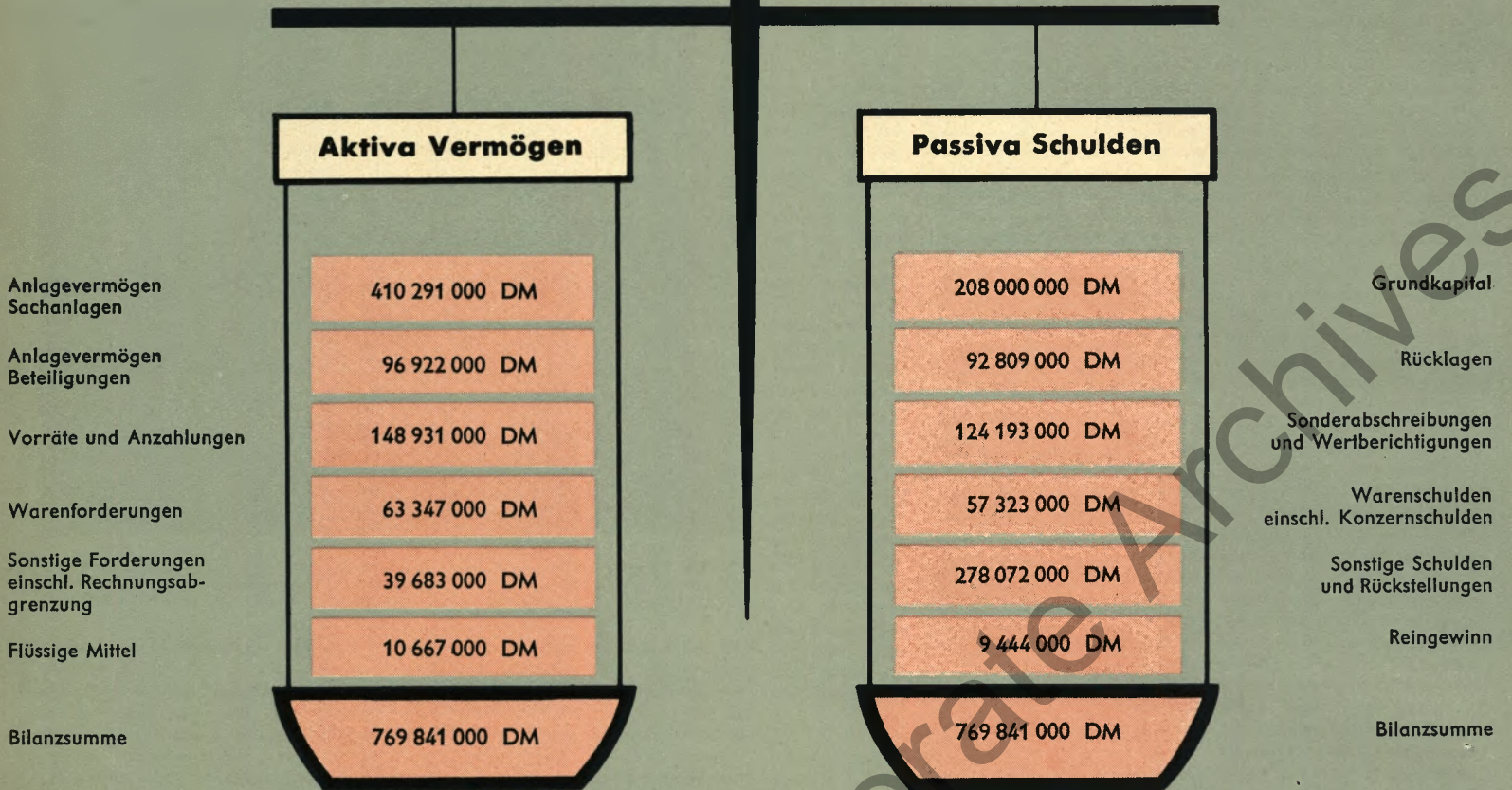
die Höhe der Dividende und für die Feststellung des Jahresabschlusses praktisch auf die Hauptversammlung zu übertragen. Direktor Butschkau dankte für die Anregung, gab aber zu verstehen, daß es wohl nicht angebracht sei, in dieser Hinsicht schon etwas zu unternehmen, da in absehbarer Zeit sowieso eine Neuregelung des Aktienrechts zu erwarten sei. Bekanntlich ist nach dem geltenden Aktiengesetz die Hauptversammlung an den mit Billigung des Aufsichtsrates vorgelegten Jahresabschluß gebunden. Derselbe Aktionär bemängelte die Höhe der Dividende, die er gemessen an der Höhe der freiwilligen Sozialleistungen als zu niedrig bezeichnete. Immerhin aber wurde Punkt 2 von der Hauptversammlung einstimmig angenommen. Ebenfalls einstimmig angenommen

wurde Punkt 3, womit dem Vorstand und dem Aufsichtsrat für das vergangene Geschäftsjahr Entlastung erteilt wurde. Herr Böninger, Mitglied des Aufsichtsrates des GHH-Aktienvereins, verlieh als Sprecher der Familie Haniel noch einmal dem Dank an Vorstand und Belegschaft Ausdruck. Auch wurde gemäß Punkt 4 der Tagesordnung der Vorschlag der Verwaltung ohne Gegenstimmen angenommen und für die gesetzlich vorgeschriebene Abschlußprüfung für das Geschäftsjahr 1957/58 wieder die Kontinentale Treuhandgesellschaft mbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Düsseldorf, bestellt. Wie das Aktiengesetz vorschreibt, muß der Jahresabschluß durch einen öffentlich bestellten und von der Hauptversammlung gewählten Abschlußprüfer geprüft werden.

387 Aktionäre oder Vertreter von Aktionären nahmen an der Hauptversammlung teil. Sie vertraten 85,25 Prozent des Grundkapitals von 208 Mill. DM und der Stimmen.



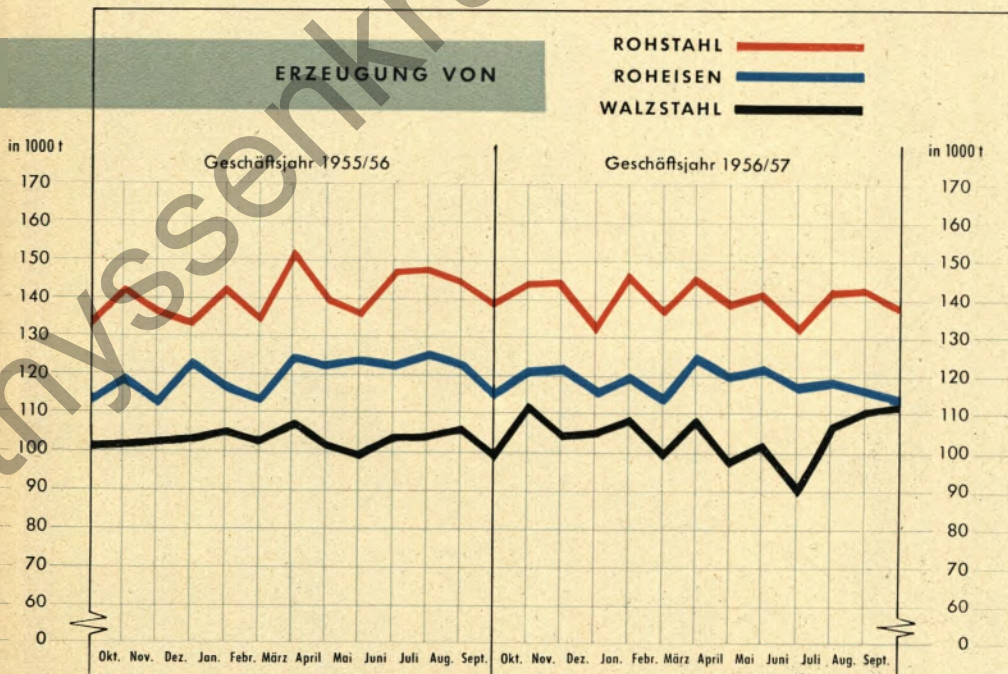
UNSERE BILANZ



Wie sieht unsere Bilanz aus?

Für alle Kaufleute — gleich ob juristische oder natürliche Personen — gelten die Vorschriften, die im Ersten Buch, Viertes Abschnitt des Handelsgesetzbuches (HGB) unter der Überschrift Handelsbücher in den Paragraphen 38 bis 47 für die Buchführung und die Bilanzierungspflicht zu finden sind. Dort ist gesagt, daß jeder Kaufmann zur Buchführung verpflichtet ist und am Ende des Geschäftsjahres eine Bilanz aufzustellen hat. Für die juristischen Personen (AG, KG auf Aktien, GmbH) sind darüber hinaus jeweils in den Spezialgesetzen Sonderbestimmungen erlassen. So regelt das „Gesetz über Aktien-Gesellschaften und Kommandit-Gesellschaften auf Aktien (Aktiengesetz)“ vom 30. Januar 1937 in seinem Fünften Teil (Rechnungslegung) für die AG den Jahresabschluß, die Gewinn-

verteilung, den Geschäftsbericht, die Prüfung des Jahresabschlusses und seine Bekanntmachung. Danach muß der Vorstand drei Monate nach Abschluß eines Geschäftsjahres — die Satzung kann diese Frist bis auf fünf Monate verlängern — den Jahresabschluß aufstellen und dem Aufsichtsrat vorlegen. Wie aus dem Geschäftsbericht zu ersehen, erteilte die mit der Abschlußprüfung betraute Kontinentale Treuhandgesellschaft mbH für das Geschäftsjahr 1956/57 der Hüttenwerk Oberhausen AG bereits am 30. November 1957 den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk. Der Aufsichtsrat hat den Jahresabschluß in seiner Sitzung vom 6. Dez. v. J. geprüft und einstimmig gebilligt. Nach der gesetzlichen Vorschrift des Paragraphen 125,3 des Aktiengesetzes gilt der Jahresabschluß damit als festgestellt.



Werfen wir also einen kurzen Blick auf die Bilanz zum 30. September 1957. Dabei können wir es uns jedoch ersparen, jeden einzelnen Posten ausführlich zu erläutern, sondern wollen uns auf einige grundsätzliche Kriterien beschränken.

AKTIVA

Da ist auf der Aktivseite zunächst das **Anlagevermögen**. Hier zeigt sich gegenüber dem Vorjahr eine Erhöhung um insgesamt 96 954 000,— DM. Dabei hat das Sachanlagevermögen um 2799 000,— DM zugenommen. Über die Investitionen, vor allem über die Inbetriebnahme fertiggestellter Neuanlagen, wurde im einzelnen in dem voraufgegangenen Bericht über den Ablauf der Hauptversammlung Kenntnis gegeben. Darüber hinaus kann gesagt werden, daß die Finanzierung der zur Zeit in Angriff genommenen Investitionen als gesichert angesehen werden kann. Für Investitionen erhielt die Gesellschaft im Berichtsjahr weitere langfristige Darlehensbeträge in Höhe von 7 756 000,— DM, während 10 170 000,— DM planmäßig gefilgt wurden. Zur Rationalisierung und Modernisierung unserer Betriebe wurden folgende Beträge aufgewendet:

1953/54	73 200 000,— DM
1954/55	100 400 000,— DM
1955/56	101 800 000,— DM
1956/57	43 900 000,— DM

Dabei muß gesagt werden, daß im vergangenen Geschäftsjahr für rund 147 Mill. DM Neuanlagen fertiggestellt wurden. Berücksichtigt man die Umbuchungen aus den Positionen „im Bau befindliche Anlagen“, „geleistete Anzahlungen für Neuanlagen“ und „bereitgestellte Mittel für Neuanlagen“ in Höhe von rund 103 Mill. DM, so ergibt sich die Investitionssumme von rund 44 Mill. DM. Sie wurde ganz finanziert durch Abschreibungen, die im letzten Geschäftsjahr erwirtschaftet wurden.

Natürlich stand im Vordergrund der Geschäftstätigkeit des vergangenen Jahres die Wiedervereinigung mit der Kohle, die sich bilanzmäßig sowohl in den **Beteiligungen** auf der einen und dem Grundkapital auf der anderen Seite niederschlug. Bei dieser Gelegenheit einige Erläuterungen zu den übrigen Beteiligungen, von denen als wesentlichste Zugänge hier erwähnt werden sollen der 1114858,—DM-Anteil an der N. V. Stuwadoors-Maatschappij Kruwal, Rotterdam, dann 1000000,—DM Erwerb eines weiteren Anteils an der Hansa-Rohstoffverwertung GmbH, Düsseldorf und rund eine halbe Million auf die Übernahme der Beteiligung an der Ferrum Investments Ltd., Montreal.

Die Beteiligung an der holländischen Gesellschaft Kruwal beträgt 25 Prozent des Grundkapitals in Höhe von 4 Mill. hfl. Diese Gesellschaft ist eine Gemeinschaftsgründung mit einigen befreundeten Firmen zum Bau eines Erzumschlagplatzes im Hafen von Rotterdam. Bei der Hansa-Rohstoffverwertung GmbH hat die HOAG einen weiteren Anteil von einem früheren Teilhaber erworben und besitzt nunmehr 50 Prozent des Stammkapitals. Mit vier anderen deutschen Gesellschaften ist die Hüttenwerk Oberhausen AG zu einem Fünftel an der Ferrum Investments Ltd., Montreal, deren Grundkapital 1000000 can. Dollar beträgt, beteiligt. Diese Firma ist ihrerseits an der Ungava Iron Ores Company, Montreal, zu 50 Prozent beteiligt. Diese Gesellschaft betreibt die Erforschung der in der Ungava-Bai in Kanada gelegenen Erzkorkommen (vgl. „Echo der Arbeit“ 7/1957) und die Untersuchung ihrer wirtschaftlichen Verwendungsmöglichkeiten. Diese Beteiligung wurde übernommen, um bei der Abhängigkeit von Ausländern die Erzversorgung auf lange Sicht zu gewährleisten.

Die **Vorräte** haben sich um 39248000,— DM erhöht. Der Zuwachs bei den Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen dient im wesentlichen zur Festigung der Rohstoffgrundlage. Die Erhöhung bei den Halb- und Fertigfabrikaten ist durch betriebliche Umstände bedingt, vornehmlich durch den Umbau der Blockstraßen und durch die Inbetriebnahme der Quarto-Grobblechstraße.

Die **Warenforderungen** entsprechen ungefähr dem letzten Monatsumsatz.

Der Zugang bei den **Sonstigen Forderungen** betrifft überwiegend das Kapitalerhöhungskonto, das dem Gegenwert der am Bilanzstichtag noch nicht umgetauschten Aktien der Bergbau-Aktiengesellschaft Neue Hoffnung in Höhe von etwa 12 Mill. DM entspricht.

Nun wenden wir uns der rechten Seite der Bilanz zu: Unsere eigenen Mittel setzen sich jetzt zusammen aus dem erhöhten Grundkapital von 208 Mill. DM, der Gesetzlichen und der Anderen Rücklage mit zusammen 92,8 Mill. DM sowie aus einem als Eigenmittel zu betrachtenden Anteil von rund 40 Prozent der Sonderabschreibungen in Höhe von rund 42 Mill. DM. Ohne Berücksichtigung der nicht bilanzierten Lastenausgleichs-Vermögensabgabe von rund 72 Mill. DM betragen die Eigenmittel demnach rund 342 Mill. DM.

Rechnerisch — bilanzanalytisch — ist in dem Verhältnis Eigenmittel zu Fremdmittel eine Verlagerung zugunsten der Eigenmittel eingetreten von 29 Prozent am Ende des Vorjahres auf 38 Prozent am Ende des Berichtsjahres. Diese buchmäßige Verbesserung beruht im wesentlichen auf der Erhöhung des Grundkapitals.

Wie in seinen Ausführungen auf der Hauptversammlung Aufsichtsratsvorsitzender Butschkau mitteilte, ist damit zu rechnen — da der Aufsichtsrat im Zuge der Modernisierung des Werkes noch eine Reihe von Investitionen beschlossen hat —, daß die Verwaltung um eine Aufstockung des Grundkapitals nicht herumkommen wird.

Aber betrachten wir nach diesem mehr allgemeinen Überblick jetzt die einzelnen Posten der Passivseite: Gemäß Beschluß der außerordentlichen Hauptversammlung vom 13. August 1957 wurde das **Grundkapital** um 104 Mill. DM auf 208 Mill. DM erhöht.

PASSIVA

Der **Gesetzlichen Rücklage** wurde zum Zwecke der Auffüllung auf 10 Prozent des neuen Grundkapitals ein Betrag von 10400000,— DM zugeführt. Diese Erhöhung erfolgte je zur Hälfte zu Lasten des Gewinns und der Anderen Rücklage. Die Gesetzliche Rücklage wurde schon diesmal voll erhöht, um auf diese Weise die Erfolgsrechnungen der kommenden Jahre zu entlasten und so auch der Kontinuität der Dividendenpolitik zu dienen.

Was die **Sonderabschreibungen** betrifft, so sind aus der Abrechnung verschiedener Anlagen nach § 36 des Investitionshilfegesetzes sowie Abschreibungsbeträge gemäß § 79 der Einkommenssteuer-Durchführungsver-

ordnung angefallen. Die **Wertberichtigungen** zu Forderungen umfassen wie in den Vorjahren die Abzinsung von langfristigen Forderungen und das Delkreder auf Außenstände.

Die **Rückstellungen** betreffen in der Hauptsache Pensionsverpflichtungen, unterlassene Reparaturen, Haftungsrisiko aus weitergegebenen Wechslern, schwebende Abrechnungen und Garantieverpflichtungen. Eine Anpassung der betrieblichen Altersversorgung an die Rentenreform wurde noch nicht durchgeführt, da die hierzu erforderlichen Gutachten noch ausstehen. So wurde auf Grund versicherungsmathematischer Berechnungen der Pensionsrückstellung noch einmal ein Betrag von rund 5,7 Mill. DM zugeführt.

Die **Verbindlichkeiten** setzen sich im wesentlichen zusammen aus langfristigen Darlehen von Banken und Versicherungsgesellschaften, wobei einem Zugang in Höhe von 7756000,— DM planmäßige Tilgungen in Höhe von 10170000,— DM gegenüberstehen; ferner aus erhaltenen Anzahlungen für Warenlieferungen und Leistungen, die vornehmlich langfristige Exportgeschäfte betreffen, außerdem aus Verbindlichkeiten aus Warenlieferungen und Leistungen, aus Verbindlichkeiten

ERZEUGUNG

ROHEISEN

Geschäftsjahr	Produktion (in 1000 t)	Wert (in 1000 DM)
1947/48	~400	497 295
1948/49	~450	770 400
1949/50	~500	849 686
1950/51	~550	1 035 179
1951/52	~600	1 124 597
1952/53	~650	1 160 242
1953/54	~700	880 170
1954/55	~750	1 223 737
1955/56	~800	1 424 324
1956/57	~850	1 413 878

ROHSTAHL

Geschäftsjahr	Produktion (in 1000 t)	Wert (in 1000 DM)
1947/48	~100	493 043
1948/49	~150	883 857
1949/50	~200	1 029 035
1950/51	~250	1 206 235
1951/52	~300	1 275 237
1952/53	~350	1 358 533
1953/54	~400	1 171 800
1954/55	~450	1 483 510
1955/56	~500	1 693 139
1956/57	~550	1 683 652

WALZSTAHL

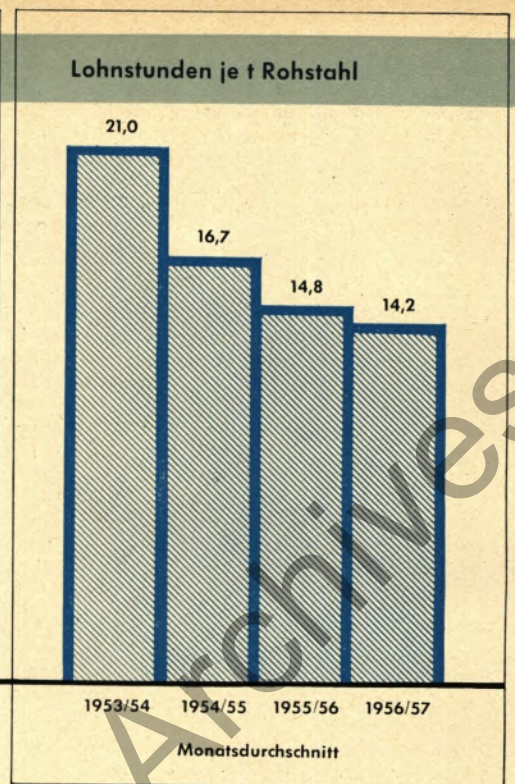
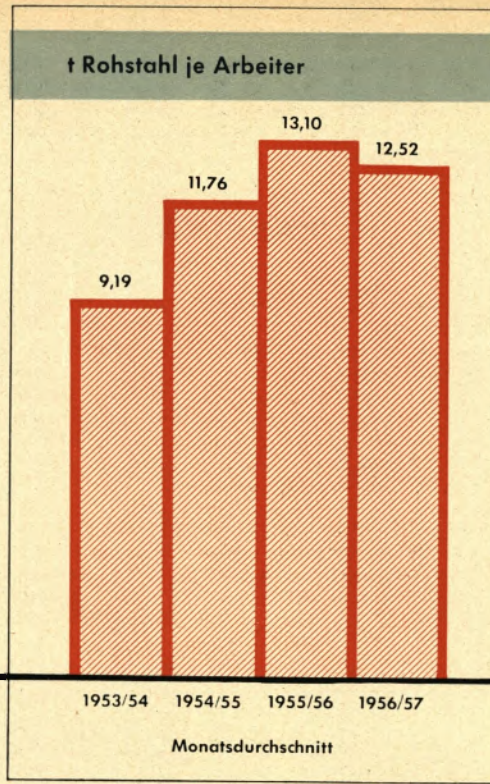
Geschäftsjahr	Produktion (in 1000 t)	Wert (in 1000 DM)
1947/48	~100	382 661
1948/49	~150	675 821
1949/50	~200	776 058
1950/51	~250	927 480
1951/52	~300	974 628
1952/53	~350	977 706
1953/54	~400	851 392
1954/55	~450	1 076 068
1955/56	~500	1 230 815
1956/57	~550	1 252 128

gegenüber Konzernunternehmen, die im wesentlichen Verpflichtungen aus Kohlenlieferungen der Bergbau-AG Neue Hoffnung betreffen sowie aus sonstigen Verbindlichkeiten, die sich aus am Bilanzstichtag noch nicht fälligen Steuern, Personalaufwendungen und Zinsen zusammensetzen.

In der Bilanz wird ein Reingewinn in Höhe von 9444395,71 DM ausgewiesen. Die Hauptversammlung beschloß, hieraus für das Geschäftsjahr 1956/57 eine Dividende von 9 Prozent auf das dividendenberechtigte Grundkapital von 104 Mill. DM (die von den früheren Aktionären der Bergbau-AG Neue Hoffnung umgetauschten Aktien sind bekanntlich erst ab 1. Oktober 1957 dividendenberechtigt) auszuschütten. Der genaue Dividendenbetrag macht 9360000,— DM aus; der noch verbleibende Rest von 84395,71 DM wird auf neue Rechnung vorge tragen.

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß unser Werk seine Position behaupten und die Arbeitsplätze erhalten werden konnten. Das gelang vor allem durch Rationalisierungsmaßnahmen, Qualitätsverbesserungen und nicht zuletzt durch den Fleiß und die gute Mitarbeit aller Belegschaftsmitglieder.

Wenn auch die Marktlage gegenwärtig nicht so günstig erscheint, wie es vor Jahresfrist der Fall war, so sprechen dennoch Aufsichtsrat und Vorstand die Hoffnung aus, daß auch weiterhin ein zufriedenstellendes Ergebnis erarbeitet werden kann.



VON AKTIEN UND AKTIONÄREN

Aktien sind nicht nur etwas für „große Tiere“. Genauso wie jedermann ein Grundstück erwerben, ein Haus bauen, ein Auto kaufen oder ein Sparbuch anlegen kann, genauso kann auch jedermann Aktionär werden — wenn er will. Der Erwerb von Aktien ist nichts anderes als eine bestimmte Sparform, von der auch jeder Arbeitnehmer Gebrauch machen kann. Leider hat das Aktiensparen bei uns in Deutschland noch keine Breitenstreuung erlangt. Noch ist bei vielen Leuten die Scheu zu groß.

Immerhin gibt es in der Bundesrepublik augenblicklich fast eine Million Aktionäre. Bei der Entflechtung der ehemaligen IG-Farbenindustrie stellte sich heraus, daß sich das Aktienkapital allein dieser Gesellschaft auf über 300000 Einzelpersonen verteilte. Die IG bildet aber keine Ausnahme. Bei der Entflechtung der Vereinigten Stahlwerke stellte man über 50000, der Mannesmann AG etwa 30000 und der Hoesch AG mindestens 20000 Aktionäre fest. Auch unter den Aktionären der Hüttenwerk Oberhausen AG gibt es, obwohl die Aktienmehrheit bei der Gründerfamilie liegt, viele Kleinaktionäre. Diese starke Aktienstreuung treffen wir aber nicht nur in der Eisen- und Stahlindustrie an, sondern auch in vielen anderen Wirtschafts-

zweigen, in der Chemie, in der Textilindustrie, in Versorgungsbetrieben, bei Bankinstituten und ähnlichen.

Wer sind nun diese Aktionäre? Von den fast 30000 Mannesmann-Aktionären z. B. besitzen 87% Anteile von weniger als 10000 Mark, 70% nur bis zu 5000 Mark. Ein anderes Beispiel: Unter den rund 6000 Aktionären der Ilseder Hütte in Peine befinden sich unter anderem 1840 Hausfrauen und Witwen, 777 Angestellte, 377 Beamte, 367 Landwirte, 160 Rentner und Pensionäre, 95 Handwerker, 56 Fabrikanten und 55 Banken.

Niemand braucht 50000 Mark und auch keine 5000 Mark; schon mit Ersparnissen von etwa

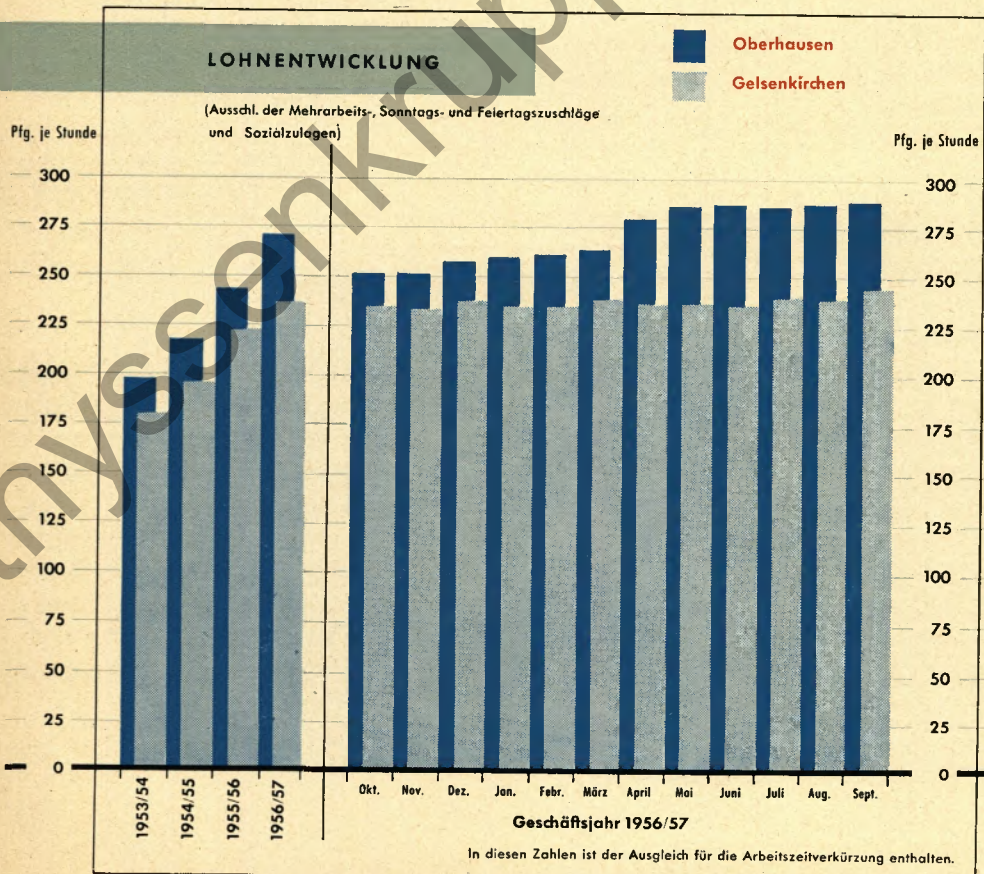
100 Mark kann man Aktionär werden. Gekauft wird die Aktie am besten bei einem Geldinstitut. Wenn man auch nur eine 100-Mark-Aktie besitzt, ist man Aktionär und gewissermaßen Miteigentümer der Firma, deren Aktie man gekauft hat. Wer Aktionär ist, muß es nicht für immer bleiben. Man kann heute Aktien kaufen und sie morgen, übermorgen oder in fünf Jahren wieder verkaufen.

Wenn man ein Sparbuch hat, so bekommt man alljährlich Zinsen gutgeschrieben. Als Lohn für das Aktiensparen erhält man einen Gewinnanteil, Dividende genannt, der ebenfalls einmal im Jahr ausbezahlt wird. Ob und in welcher Höhe eine Dividende verteilt wird, hängt vom Vorschlag des Vorstandes für die Gewinnverteilung ab. In wirtschaftlich guten Zeiten wird die Dividende höher, in schlechteren Zeiten wird sie niedriger sein.

Es kommt natürlich auch vor, daß keine Dividende ausbezahlt wird. Diese Schwankungen bergen ein Risiko in sich. Eine hohe Dividende in Zeiten guter Konjunktur ist ein gewisser Ausgleich dafür. Wer im Besitz einer 100-Mark-Aktie einer Firma ist, die für ein Geschäftsjahr 8% Dividende ausschüttet, der erhält 8% von 100,— DM, also 8,— DM. Bar auf die Hand bekommt er aber nur 6,— DM, denn 25% der Dividende, im genannten Falle also 2,— DM, kassiert sofort das Finanzamt.

Aus dem Wesen der Aktie ergibt sich, daß sie handelbar sein muß. Dieser Handel geschieht an der Börse. An der Börse wird gehandelt — eingekauft und verkauft — wie an den Märkten für Lebensmittel, Textilien, Möbel und Rohstoffe. Wer beispielsweise eine Bank mit dem Kauf einer Aktie beauftragt, dem wird das Geldinstitut das Papier wahrscheinlich an der Börse „einhandeln“. Der Preis, für den die Bank die Aktie eingekauft und den der Aktionär dann zu bezahlen hat, heißt „Kurs“. Die Kurse an der Börse ergeben sich aus dem freien Spiel von Angebot und Nachfrage. Wenn das Angebot groß und die Nachfrage schwach ist, dann erhält man eine Aktie im Nennwert von 100 Mark vielleicht schon für 70 Mark. Wenn das Angebot klein, die Nachfrage groß ist, dann steigen die Preise und auch für die Aktie muß mehr bezahlt werden, vielleicht 130 oder gar 170 Mark für eine Aktie im Nennwert von 100 Mark.

Man sieht, daß die Sache mit den Aktien ein ganz klarer Vorgang ist. Wer Geld gespart hat — 100,— DM zum mindesten —, kann Aktionär werden. Es gehört dazu allerdings etwas Risikofreude; dafür hat man auch die Chancen, für sein gespartes Geld statt auf der Sparkasse 3 oder 4% vielleicht 6, 8 oder 10% Zinsen zu erhalten.



Stabile Preise - festes Geld

Aus seiner Sicht als Bankmann gab der Vorsitzende unseres Aufsichtsrates, Fritz Butschkau, gelegentlich der letzten Hauptversammlung eine Darstellung der wirtschaftlichen Situation. Nachstehend veröffentlichen wir den Wortlaut der Ausführungen. Ausgangspunkt des Referates ist, daß gewisse Krisenerscheinungen sowohl in der Weltwirtschaft als auch auf nationalwirtschaftlicher Ebene nicht zu übersehen sind. Schließlich weist er darauf hin, daß nicht nur das wirtschaftliche Wachstum sich in letzter Zeit verringert hat, sondern darüber hinaus inflationistische Tendenzen nicht von der Hand zu weisen sind. Es wird daher noch sorgfältiger Überlegungen bedürfen, wie das Ziel, Steigerung der Produktivität bei unbedingter Währungsstabilität, erreicht werden kann. Gesamtwirtschaftlich, aus der Sicht des Kapitalmarktes, scheint nach wie vor nichts dringender als die

Jedermann, so auch der Kaufmann, bemüht sich um einen Ausblick in die zukünftige Entwicklung, wobei er den Versuch einer Diagnose auf seine Erfahrungen und auf die ihm vorliegenden Tatsachen stützt.

Ich möchte mit wenigen Worten und als rein persönliches Urteil das hervorheben, was mir wesentlich zu sein scheint, und dabei von der Weltwirtschaft ausgehend speziell auf unsere deutschen Verhältnisse zu sprechen kommen.

In der westlichen Welt hat sich im allgemeinen das reale wirtschaftliche Wachstum verlangsamt. Wenn man die Ursachen dieses in den einzelnen Ländern verschiedenen starken Prozesses studiert, kommt man trotz aller Unterschiede um eine Erscheinung, die meines Erachtens maßgeblich war und ist, nicht herum: nämlich eine mehr oder weniger laxen Behandlung der monetären Seite, eine in den verschiedenen Ländern verschiedene starke Aufweichung der Kaufkraft. Dieses wiederum ist zum Teil auf extreme Vollbeschäftigungspolitik, ferner auf übertriebene Industrialisierungsanstrengungen in den sogenannten Entwicklungsländern, in wichtigen Staaten wie den USA aber wohl darauf zurückzuführen, daß man mit dem Investitionsboom der Jahre 1954 bis 1956 konjunkturpolitisch im Sinne einer Koordination aller Einflußlinien auf höchster Ebene nicht fertig geworden ist.

Ich sehe die jetzt eingetretenen Verlangsamungsercheinungen u. a. auch als einen Beweis dafür an, daß die mancherorts vertretene These, eine schleichende 2-, 3-, 4- oder 5prozentige Geldentwertung begünstige die Konjunktur, keineswegs auf die Dauer zutrifft, sondern die Gefahr der Krise vergrößert. Die mit einem solchen schleichenden monetären Prozeß verbundene Tendenz zur Überbeschäftigung hat eben im Anfang zur Folge, daß die Löhne stärker steigen als die Gewinne, welche gewissermaßen „von oben her“ noch durch Kreditpolitik und progressive Besteuerung selbst in solchen Zeiten unter gewissem Druck stehen.

So kommt es denn zum Nachlassen der Investitionsneigung und schließlich zu Wachstumshemmungen im Produktionsprozeß. Diese Entwicklung kann auch zunächst noch mit weiteren Preissteigerungen im Konsumbereich einhergehen, solange die Masseneinkommen bestehen bleiben und noch durch sozialpolitische Maßnahmen verstärkt werden, während auf der anderen Seite die Exportquoten zu nehmen.

Im Gegensatz zum Gesamtsozialprodukt und der Industrieproduktion in der westlichen Welt ließ das Welthandelsvolumen noch keine stärkere Wachstumsminde rung erkennen; das

ist nicht verwunderlich. Jedoch müssen wir uns darüber im klaren sein, daß die sehr großen Ausweitungen des Handels in den letzten Jahren zu einem beachtlichen Teil auf Sandboden erwachsen, insofern nämlich, als dies die Folge inflatorischer Prozesse in der Welt und eines entsprechenden Verbrauchs von Devisenreserven durch weniger stabile Länder war. Der Wandel zu einer gedämpften Entwicklung des Welthandels ist deshalb bereits im Gang, wobei nicht nur in den einzelnen Ländern der Verbrauch an Devisenreserven zur Einschränkung zwingt, sondern auch die von mir schon erwähnte Verlangsamung des realen Wachstums in den Industrieländern zu einer gewissen Baisse an den Rohstoffmärkten führt, wobei die Rohstoffländer dann wiederum ihre Bezüge aus den Industrieländern einschränken und Spiralenwirkungen ausgelöst werden können.

Schließlich ist nicht zu bezweifeln, daß das große Tabu unserer Tage, nämlich die Wechselkurse kausal mit extremen Zahlungsbilanzungleichgewichten in Verbindung stehen. Wenn alles gut gehen soll, kann man nur raten, mit scharfen Mitteln weitere schleichende Geldentwertungen zu verhindern, denn die Beseitigung extremer Leistungsbilanzdefizite und -überschüsse ist für eine Stabilität der Entwicklung der Wirtschaft unerlässlich. So kann ich nur die Hoffnung aussprechen, daß es opinio communis wird, daß auch für die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und die Freihandelszone die Währungsfrage von entscheidender Bedeutung sein wird; was nach dieser Richtung in den bisher getroffenen Vereinbarungen vorgesehen ist, kann leider nur, wie neulich die angesehenste deutsche Finanzzeitschrift schrieb, „als völlig unbefriedigend und wenig praktikabel“ angesehen werden. In der Tat ist von einer echten gemeinsamen Geldpolitik, die die Kehrseite der güterwirtschaftlichen Verflechtung ist, noch nicht die Rede. Alle Einsichtigen sollten eine Beschleunigung der Klärung auf diesem Gebiet fordern. Zu glauben, daß mit neuen supra-nationalen Dirigismen, wie sie m. E. auch durch die europäische Investitionsbank dargestellt werden, etwas verbessert wird, ist m. E. unrealistisch. Man sollte lieber über echtes, stabiles, hartes Geld der privaten internationalen Verflechtung Vorschub leisten. Dann würde Europa schneller zusammenwachsen.

Auch in der Bundesrepublik hat sich im Jahre 1957 das reale Wachstum verlangsamt. Die Gründe liegen weniger in der Verlangsamung der Nachfrage (nur in Teilbereichen) als in veränderten realen Wachstumsbedingungen. Der Zuwachs des Arbeitskräftepotentials hat sich erneut verlangsamt, die Arbeitskräftepotentials waren weitgehend ausgeschöpft. Die

Verstärkung der freiwilligen, langfristigen Ersparnisbildung. In seiner Eigenschaft als Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes gilt Butschkau als ein ausgezeichneter Kenner auf dem Gebiete des Geldwesens. Sicherlich wird von anderer Seite seinen Ausführungen noch einiges hinzuzufügen sein oder in bestimmten Punkten sogar widersprochen werden. In dieser Hinsicht stellt Präsident Butschkau selbst fest, daß es sich um ein rein persönliches Urteil handelt. Immerhin aber gehört Fritz Butschkau zu jenen Persönlichkeiten, deren erfahrener, unbestechlicher Rat vor großen währungs-, finanz- und wirtschaftspolitischen Entscheidungen wohl gehört wird und auch in Zukunft wohl gehört werden sollte. Unbeugsam ist sein Wille gegen alles Inflationäre, daher sein unabdingbares Postulat: Allein die Stabilität der Währung sichert Freiheit und Wohlstand!

Arbeitszeitverkürzung hat das Arbeitsvolumen so geschmälert, daß der Zuwachs der Beschäftigtenzahl dadurch weitgehend kompensiert wurde. Das trotzdem eingetretene Wachstum der Produktion ist vorwiegend auf Produktivitätssteigerungen zurückzuführen.

Neben diesen Faktoren ist eine auch psychologisch bedingte gewisse Zurückhaltung im Investitionsbereich zu erkennen. Wie ich schon bei der kurzen Schilderung der Welthandelslage erwähnte, ist auch in Deutschland die Gesamtnachfrage stärker gewachsen als das Güterangebot, so daß sich das Preisniveau nochmals um mehr als 3 Prozent erhöhen konnte. Seien wir deshalb vorsichtig in der Bewertung von allgemeinen statistischen Größen! Wie beim Geldeinkommen des einzelnen muß man reale und nominale Werte auseinanderhalten.

Das deutsche nominelle Bruttosozialprodukt erhöht sich von 192 Mrd. auf 207 Mrd., d. h. um 7,5 Prozent (gegenüber 9,6 Prozent 1956 und 14,1 Prozent 1955). Es kommt aber auf die reale Entwicklung in t und h , also auf die Bereinigung von reinen Preisveränderungen an, um die Verhältnisse richtig zu sehen. Real nahm das Bruttosozialprodukt nur um 4,6 Prozent zu, statt um 7,5 Prozent; die Differenz zwischen diesen Milliarden DM ausmachenden Summen ist Preissteigerung, also Kaufkraftverminderung unserer Währung. Das zu starke Wachstum der Gesamtnachfrage, das diese Erhöhung des Preisniveaus ermöglicht hat, ist vor allem auf den Außenhandel zurückzuführen. Der sogenannte Außenbeitrag stieg auf den ansehnlichen Betrag von 8,4 Milliarden DM. Die Handelsbilanz allein erbrachte bei einem Wachstum der Exporte um rd. 17 Prozent und der Importe von nur 13 Prozent einen Überschuß von fast 6 Milliarden DM. Das bedeutet fast zur Gänze das Entstehen von Einkommen im Inland, dem keine neuen Güter gegenüberstehen. Ist es ein Zufall, daß dieser Außenbeitrag ziemlich genau den Unterschied dessen deckt, den ich zwischen nominellem und realem Wachstum des Sozialproduktes feststellte?

Nach dem Außenbeitrag stieg am stärksten der öffentliche Verbrauch, nämlich um 8,2 Prozent. Monetär und auf die Preisentwicklung bezogen wirkte früher der Juliussturm kompensierend, weil er gewissermaßen eine Beschlagnahme von Kaufkraft darstellte. Das war zwar unorganisch und lag nicht im Sinne des Erfinders, aber es hatte nun einmal diese Konsequenz. Jetzt zeigt sich, daß die Gefahr der Türme in ihrem Abbau, soweit er in DM erfolgt, liegt.

Das Masseneinkommen ist infolge von Lohn- und Gehaltserhöhungen und Rentenreform um 10 bis 11 Prozent

und damit stärker gewachsen als das Sozialprodukt, das Bruttoeinkommen der Unselbständigen, also der Arbeitnehmer, um 8,2 Prozent.

Ich glaube, daß die Einsicht absoluter Vordringlichkeit stabiler Währungsverhältnisse in allen Ländern der Erde wächst. Ohne sie sind komplizierte Beginnen wie die EWG und eine weitere allgemeine Integration in den freiheitlichen Ländern nicht möglich. Wir sollten also die gewissen Dämpfungsercheinungen, die wir in der konjunkturellen Situation fühlbar spüren und die Abschwächung des Nachfragebooms insoweit im Interesse der Geldwertstabilität begrüßen, als wir uns klarmachen, daß ein Teil der bisherigen Verflechtung auf tönernen Füßen stand und von Ländern ausgeübt wurde, deren Finanz- und Wirtschaftspolitik unter dem Schutz starrer Kursrelationen das eigene Geld nach innen aufweichen und nach außen hart halten zu können glaubte.

In Deutschland wirft uns diese gewisse Dämpfung nicht um, sondern sie stärkt die Volkswirtschaft vor neuen Belastungen. Sehr viel hängt im übrigen von der konjunkturellen Entwicklung in den Vereinigten Staaten ab, deren Boden ja in erheblichem Umfang unsere Rohstoffbasis ist.

Wir sollten uns bei unseren deutschen Investitionsvorhaben angesichts der wahrscheinlich weiter laufenden Überschüsse aus der Außenhandelsbilanz und einem gewissen defizitären Trend der öffentlichen Kassen davor hüten, einfach aus dem vollen zu schöpfen, sondern danach trachten, unsere Investitionen aus echten Ersparnissen, seien es eigene oder seien es die der am Kapitalmarkt vereinigten Sparer zu finanzieren. Dabei wäre die Finanzierung über den Kapitalmarkt als eine Gesundungerscheinung anzusehen, denn jede Selbstfinanzierung erfolgt über den Preis oder über Steuern und damit auf Kosten der privaten Einkommensbildung der breiten Masse, deren Sparquote gering bleiben muß.

Sparen, Kapitalmarkt, stabile Preise und festes Geld hängen unlösbar zusammen; sie bedingen sich wechselseitig. Aber über diese Zusammenhänge hinaus bedeutet Sparkapital eben auch breite Streuung monetären Eigentums und zu diesem Teil auch Unterstützung der freien Individualität in unserem Volke. Das alles sollte man — sollten auch die Tarifpartner — sich überlegen, wenn Löhne und Preise zur Debatte stehen.

Es ist deshalb, glaube ich, kein Mißbrauch, wenn auch in dieser industriellen Versammlung einmal die Verbundenheit von Geldwesen und schwerindustriellen Investitionen, von Selbst- und von Fremdfinanzierung und von Sparen und Preisentwicklung besprochen wird.

Vor fünf Jahren fielen die ersten Zölle in Europa

Von Dr. Heinz Potthoff, Mitglied der Hohen Behörde der Montanunion

Der 10. Februar ist für Europa ein historisches Datum: vor fünf Jahren fielen an diesem Tage die ersten Zölle in der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl. Der erste gemeinsame europäische Markt blickt damit auf sein nunmehr fünf-jähriges Bestehen zurück. Gleichzeitig läuft mit diesem Tage die im Montan-Vertrag zur Überwindung von Anlaufschwierigkeiten vorgesehene „Übergangszeit“ ab, steht die Gemeinschaft der sechs Länder vor einer neuen Phase ihrer Entwicklung.

Was ist in diesen fünf Jahren erreicht? Wurden die weitgespannten Erwartungen erfüllt oder aber behielten die Skeptiker recht? Nun, fest steht, daß die Montanunion inzwischen eine sehr lebendige europäische Wirklichkeit geworden ist.

Das Austauschvolumen hat sich hier gegenüber 1952 mehr als verdoppelt, während der Austausch anderer Güter, die lediglich der allgemeinen Liberalisierung unterzogen wurden, in der gleichen Zeit auch nicht annähernd dieses Entwicklungstempo erreichte. Dies dürfte nicht nur auf das Verschwinden der Zölle allein zurückzuführen sein.

Das Verbot der Doppelpreise, d. h. der unterschiedlichen Behandlung der Käufer nach nationaler Herkunft und die Beseitigung des „Frachtenbruchs“ an den Grenzen mit einer bis zu 30prozentigen Frachtsenkung trugen nicht minder dazu bei.

Ein schnellerer Warenumsatz aber bedeutet eine Stabilisierung der Versorgung auf hohem Niveau. Das haben die Verbraucher aller Grade in diesen Jahren recht nachhaltig erleben können. Einmal zogen die Preise in der Gemeinschaft nicht annähernd so sprunghaft an wie in früheren Hochkonjunktoren. Zum anderen stiegen sie in viel geringerem Ausmaß als in Großbritannien und in den USA. Die Stahlpreisentwicklung vor allem zeigt das sehr deutlich. Sie kam vor allem der verarbeitenden Industrie der Bundesrepublik zugute, die damit ihre Konkurrenzfähigkeit am Weltmarkt, ihre Verkaufschancen also, erheblich verbessern konnte.

Erklärtes Ziel des Montanvertrages ist es, den Menschen der sechs Länder einen höheren Lebensstandard zu bringen. Ein in dieser Form erstmalig von der Hohen Behörde der EGKS durchgeführter Vergleich der Montanarbeiter-Reallohne der sechs Montanunionsländer hat inzwischen bestätigt, daß der gemeinsame Markt auch hier einen nicht unwesentlichen Beitrag liefern konnte. Die zurückgebliebenen Reallohne der Montanarbeiter haben sich im Laufe der Jahre den Spitzenreitern der Gemeinschaft stark genähert. Dies gilt vor allem für den westdeutschen Bergarbeiter, der seine Position im Laufe der fünf Jahre am kräftigsten verbessern konnte und heute dem Spitzenreiter in der Montanunion, seinem belgischen Kollegen, dichtauf folgt.

Die Erfahrungen, die in einer laufenden Abstimmung zwischen der Hohen Behörde und der Repräsentanz der europäischen Kabinette in der Montanunion, dem Ministerrat, in diesen fünf Jahren gesammelt werden konnten, haben ihren Niederschlag in den Verträgen über die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und die Europäische Atomgemeinschaft (Euratom) gefunden. Diese beiden neuen europäischen Gemeinschaften haben inzwischen am 1. Januar ihre Arbeit aufnehmen können. Als gemeinsamer Markt für alle Güter wird vor allem die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft eine gemeinsame Politik aller sechs Länder sehr viel großzügiger und nachhaltiger in Angriff nehmen können, als dies in einer Teilintegration möglich war und ist.

Wie dem aber auch sei: es wird immer unbestrittener historischer Tatbestand bleiben, daß der in diesen Tagen vollzogene Schritt zur allgemeinen wirtschaftlichen Vereinigung der sechs Länder nicht hätte erfolgen können, wenn es nicht den Vorläufer und Testfall Montanunion gegeben hätte.

Auf ihre Erfahrungen und Erkenntnisse werden die neuen Gemeinschaften in ihrer Anlaufzeit sicher noch oft zurückgreifen müssen. Einig sind sich alle drei europäischen Institutionen in dem Ziel, Westeuropa einen höheren Lebensstandard und eine starke Position in der Weltwirtschaft und in der Weltpolitik zu sichern.

Das ‚Blaue Band‘ der Unfallverhütung bleibt auch weiterhin in Oberhausen



Wieder einmal hat uns der Vorstand der Hütten- und Walzwerks-Berufsgenossenschaft bestätigt, daß in dem hinter uns liegenden Jahr wir die niedrigste Unfallhäufigkeitsziffer aller vergleichbaren Werke der westdeutschen Eisen- und Stahlindustrie hatten. Wenn es so etwas gäbe wie einen „Oscar“ für die beste Leistung auf dem Gebiete des Arbeitsschutzes, wenn es gar um den Grand Prix in der Unfallverhütung ginge, dann würden wir ihn für ein weiteres Jahr nach Oberhausen geholt haben. Dabei brauchen wir wohl kaum besonders zu betonen, daß wir uns über diesen Erfolg freuen, der das Ergebnis unserer Anstrengungen auch nach außen hin sichtbar macht. Schließlich aber ist es kein Zufall, daß nun schon im vierten Jahr hintereinander uns eine solche Mitteilung der Berufsgenossenschaft zugeht. Darin zeigt sich unser systematisches Bemühen, unser ständiges Am-Mann-Bleiben, das sich auswirkt bis zum jüngsten Lehrling. Nicht zuletzt muß das Mitwirken jedes einzelnen Belegschaftsmitgliedes erwähnt werden, denn wenn nicht alle unsere Mitarbeiter von der Erfüllung des Arbeitsschutzgedankens beseelt wären, würde ein Erfolg wohl kaum eingetreten sein.

Darüber hinaus aber sei noch einmal betont, was in diesem Zusammenhang schon verschiedentlich von uns geäußert wurde: Wir haben die Anerkennungsschreiben der Berufsgenossenschaft nicht etwa abonniert, und es wird uns keineswegs traurig stimmen, wenn im nächsten Jahr ein anderes Werk ein solches Schreiben erhalten sollte. Denn dadurch wären wir einem gemeinsamen Ziel um nicht wenige Schritte nähergekommen, wenn auch in anderen Werken unsere Ideen aufgegriffen werden und man versuchen wird, unsere Erfolge womöglich in den Schatten zu stellen. An einem solchen Wettstreit, der schließlich aufpulvernd wirken muß, kann uns nur gelegen sein; denn gedient wird dadurch einzig und allein der guten Sache, indem ein höchst überflüssiger Blutzoll auf ein Mindestmaß beschränkt bleibt. Jetzt aber schon muß festgestellt werden, daß wir keineswegs auf einsamer Höhe thronen, sondern einige andere Werke in ihrem Unfallverhütungsbestreben uns merklich nahegekommen sind. Es wäre daher schon viel gewonnen, wenn diese Tatsache sowohl uns als auch die anderen

Werke in ihren Bemühungen beflügeln würde. In Hinsicht auf die Auswirkungen, die sich daraus ergeben, begrüßen wir jeden Konkurrenten, der uns unseren Erfolg streitig machen will.

Besonders stolz aber sind wir darauf, daß wir den Unfallstand des Vorjahres unterbieten konnten, obwohl das im vergangenen Sommer in Kraft getretene Sozialgesetz die Unfallkurve in der gesamten deutschen Industrie emporschnellen ließ. Daß wir so schnell wieder zu normalen Unfallzahlen zurückfanden, ist ein Beweis für den guten Geist, der in unserer Belegschaft herrscht. Letztlich aber ist auch ein Wermutstropfen nicht zu verkennen, der uns mit in den Wein geflossen ist. Schließlich ist die wöchentliche Arbeitszeit seit dem 1. April 1957 um durchschnittlich 12,4 Prozent zurückgegangen. In der Unfallhäufigkeitsrate des vergangenen Jahres, denn tatsächlich ist jeder unserer Mitarbeiter im Durchschnitt um sechs Wochenstunden weniger im Betrieb, hat sich dies jedoch noch nicht nennenswert ausgewirkt. Wenn dem so wäre, dürfte die Unfallziffer nicht nur von 3,9 auf 3,8 Prozent gesunken sein, sondern es müßte sich noch stärker auswirken. Das aber soll unsere Hoffnung sein für das laufende Jahr; auf dieses Ziel sollen unsere Bemühungen ausgerichtet sein. Allenfalls aber können wir nicht um die Feststellung herum, daß die Unfallzahlen zu Beginn dieses Jahres wenig ermutigend sind. Sowohl in Oberhausen als auch in Gelsenkirchen zeigt sich wiederum ein Anstieg der Unfallziffer. Auf der anderen Seite allerdings sank die Zahl der registrierten Erste-Hilfe-Leistungen. Das läßt darauf schließen, daß die Bereitschaft, nach Bagatellunfällen krankzufeiern, wieder größer geworden ist. Wir werden uns also wieder einmal zusammenreißen müssen und vielleicht auch unsern Nachbarn am Arbeitsplatz nicht aus dem Auge verlieren dürfen; denn Unfallverhütung ist Gemeinschaftsarbeit, Erziehung zu Gemeinschaftsgeist.

Über die in dem Schreiben der Berufsgenossenschaft angekündigte Gegenüberstellung der einzelnen Werke unter Berücksichtigung des Vorbelastungsverfahrens, durch das auch die Schwere der Unfälle und ihre finanziellen Auswirkungen zum Ausdruck kommen, werden wir bei Gelegenheit berichten.

—nd.

Prämie für Mitarbeit im Arbeitsschutz				
1958		1957		1958
Jan			17,2	
Feb				
März				
April			34,3	
Mai				
Juni				
Juli			51,1	
Aug				
Sep				
Ok			60,0	
Nov				
Dez				



Hütten- und Walzwerks-Berufsgenossenschaft

Dr. Graef vorzulegen

Essen, 23. Januar 1958
Hoffnungstraße 2

An den
Vorstand der
Hüttenwerk Oberhausen AG.
Oberhausen / Rhld.

Siering vorzulegen

Strohenger vorzulegen

Hüttenwerk Oberhausen
75934 25. JAN 58
ABTEILUNG: 367

Büro Strohenger
Eing.: 27. JAN. 1958

Betr.: Unfallverhütung

Auch in diesem Jahr können wir Ihnen die erfreuliche Mitteilung machen, daß Sie während des Jahres 1957 die niedrigste Unfallhäufigkeitsziffer aller Großbetriebe der Hütten- und Walzwerks-Berufsgenossenschaft hatten.

Ihre Unfallhäufigkeitsziffer hat sich gegenüber 1956 im Jahre 1957 leicht gesenkt. Sie fiel von 3,9 auf 3,8. Ähnlich war der Verlauf im Gesamtbereich unserer Mitgliedswerke.

Die Gegenüberstellung der einzelnen Mitgliedswerke unter Berücksichtigung des Vorbelastungsverfahrens, durch das auch die Schwere der Unfälle und ihre finanziellen Auswirkungen zum Ausdruck gelangen, werden wir Ihnen übersenden, sobald die Unterlagen ausgewertet sind.

Für die geleistete Arbeit sprechen wir Ihnen und allen Ihren Mitarbeitern schon jetzt unsere Anerkennung und Glückwünsche aus.

Hochachtungsvoll !

Der Vorstand

Klein

(Vorsitzender)

Soziale Probleme im automatisierten Betrieb

Der Begriff „Automation“ hat sich auch in unserer Sprache eingebürgert. Er ist ein künstliches Buchstabenbild, eine willkürliche Abkürzung des modernen amerikanischen Wortes „automatisation“ (sprich: otomätisäschn), dem wiederum unser wenig schönes Halfremdwort „Automatisierung“ entspricht. Immerhin hat sich dieses Wort schon so stark eingebürgert, daß es als Begriff wohl kaum mehr auszumerzen ist. Viel wichtiger aber ist es zu wissen, was man sich darunter vorzustellen hat. Denn die Vorstellungen darüber sind in vielen Köpfen noch sehr unklar. Bei den einen ist es ein Schreckgespenst, das sie etwa mit dem Wort „Atombombe“ in einem Atem nennen, bei den anderen ein Schlüssel zu einer Art von zukünftigem Schlaraffenland, in dem alle Arbeit nur in dem Drücken von ein paar Knöpfen besteht. Was es mit der Automation jedoch wirklich auf sich hat, welche sozialen Folgen sich z. B. daraus ergeben, schildert der folgende Bericht. Er wurde von unserer Mitarbeiterin Dr. Marie-Luise Welter verfaßt, die verschiedene Probleme hinsichtlich der Automation untersuchte und insbesondere ihren Verwendungsgrad für die Eisen schaffende Industrie, also auch für unser Werk, zu ermitteln versuchte.

Die Automatisierung oder der aus Amerika stammende Begriff der Automation haben in der letzten Zeit in immer stärkerem Maße im Vordergrund des Interesses gestanden. Es erschienen und erschienen Artikel, Bücher, Zeitschriften und Filme darüber, es werden Ausschüsse gebildet, die die wirtschaftlichen und sozial-soziologischen Folgeerscheinungen und Erfordernisse studieren, es finden Tagungen statt, auf denen die Erfahrungen über immer wieder das eine Thema „Automation“ ausgetauscht werden; ja, es wird, wie in Rußland, sogar ein eigenes Ministerium für Automatisierung geschaffen.

Was ist nun diese Automation? Dazu ist zu sagen, daß es eine feste Begriffsbestimmung bis jetzt nicht gibt; man kann sie, wie Friedrich Pollock in einer Untersuchung über die Automation in den USA feststellt, vielleicht so umschreiben:

„Automation als Produktionstechnik hat zum Ziel, die menschliche Arbeitskraft in den Funktionen der Bedienung, Steuerung und Überwachung von Maschinen sowie der Kontrolle der Produkte so weit durch Maschinen zu ersetzen, daß vom Beginn bis zur Beendigung des Arbeitsprozesses keine menschliche Hand das Produkt berührt.“ Diese Definition bezieht sich sowohl auf Teilprozesse wie auch auf einen vollständigen automatisierten Produktionsgang. Die Automation findet aber nicht nur in der Produktion Anwendung als automatische Erzeugung und Verarbeitung von Gütern, sondern auch in der Kalkulation, in der sie Informationen herstellt und verarbeitet.

Diese Entwicklung wird von einigen als industrielle Revolution, von anderen als organische Weiterentwicklung betrachtet, wobei die letztere Auffassung überwiegt, in der man die Automatisierung

als allmähliche Fortsetzung der Rationalisierung und Mechanisierung ansieht. Man wird fragen: Weshalb dann dieses neue Modewort „Automation“? Während die Mechanisierung als Ersatz körperlicher Kräfte durch mechanische bezeichnet werden kann, wird die Automation am ehesten dadurch gekennzeichnet, daß wir immer dann von ihr sprechen, wenn Kontrollfunktionen vom Menschen auf die Maschine übergeleitet werden. Insofern ist tatsächlich ein neues Merkmal in der technischen Entwicklung entstanden, das auch ein neues Wort rechtfertigt.

Auf absehbare Zeit handelt es sich in Deutschland und vor allem auch in der Eisen schaffenden Industrie, und damit bei uns, nur um eine Teilautomation, die im gegenwärtigen Stand gegenüber der bisherigen Rationalisierung keine grundsätzlich neuen wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen bringt. Sie verstärkt aber die vorhandenen betrieblichen und überbetrieblichen technischen, sozialen und soziologischen Probleme. Die Schätzungen des Prozentsatzes der von der Automation betroffenen Arbeitnehmer schwanken zwischen 10 und 30 Prozent. Beispiele für Vollautomatisierung finden sich in Deutschland in der Erdölgewinnung und in der chemischen Industrie.

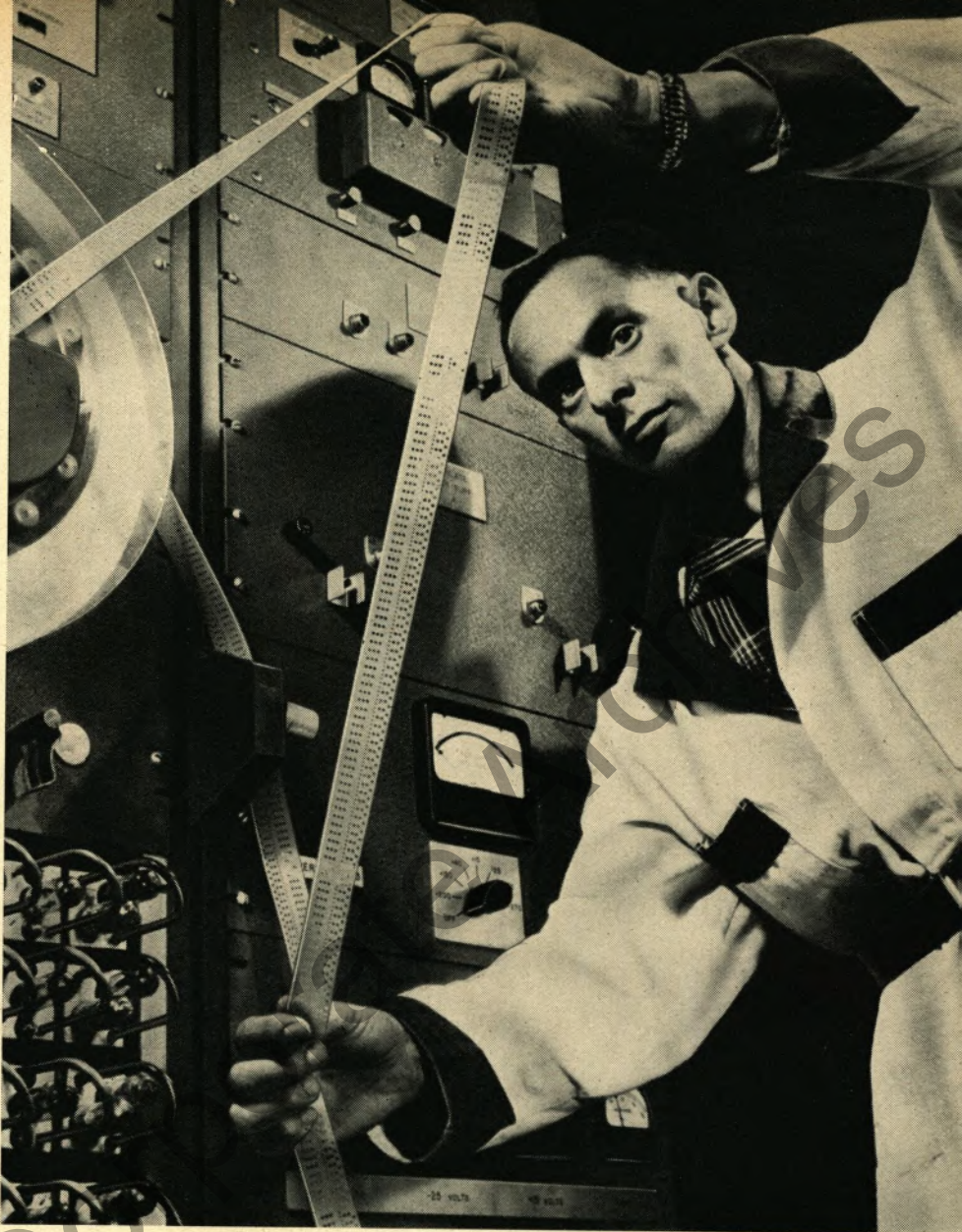
Zunächst einmal ist zur Automatisierung eines Betriebes der Kapitalbedarf sehr groß. So entstand bei der vollautomatisierten Einrichtung einer Feineisenstraße je Arbeitsplatz ein Kostenaufwand von 260000 DM. Die höchste bis jetzt in Deutschland bekanntgewordene pro-Arbeitsplatz-Investition ergab sich bei der Automatisierung einer Breitbandstraße mit 600000 DM. Auch in Amerika müssen ungeheure Summen aufgewendet werden; so waren in einem Werk in Chicago bei der An-

schaffung eines elektronischen Rechengertes 40000 Dollar zur Einsparung einer Arbeitskraft aufzubringen; in einem Stahlwerk in Philadelphia beliefen sich die Kosten sogar auf 100000 Dollar. Diese Summen müssen aber bereitgestellt werden, damit es der deutschen Industrie nicht so ergeht wie dem Bergbau und der Landwirtschaft, die heute deshalb so stark unterstützt werden müssen, weil man in den letzten 25 Jahren versäumt hat, sie ausreichend zu modernisieren. Da kleinere Unternehmen aber kaum in der Lage sind, die Gelder für die Automatisierung ihrer Betriebe aufzubringen, wird sich der Zug zum Großunternehmen verschärfen, das außerdem eine bessere Marktwirksamkeit besitzt.

Wenn kein direkter Zusammenschluß von Werken erfolgt, so kann doch eine Kapitalvereinigung von großem Nutzen sein, die es zum Beispiel Mannesmann und Hoesch erlaubte, eine Breitbandstraße und ein Rohrwerk zu bauen.

Die bei der Automatisierung anfallenden Sozialkosten wie Umschulung, vorzeitige Pensionierung oder Anerkennungslohne, wenn ältere Arbeitnehmer mit den Anforderungen des neuen Arbeitsplatzes nicht fertig werden, müssen bei der Umstellung auf Automation mit eingeplant werden.

In der Automatisierung unterscheidet man die starre Automation, die große Stückzahlen bedingt und hohe Kosten beim Umbau für eine neue Produktion und die bewegliche, in der die Herstellung des Produktes auf kleine Maschineneinheiten zurückgeführt wird, die zu Transferstraßen (= Beförderung und Bearbeitung des Werkstückes von Maschine zu Maschine ohne das Eingreifen des Menschen) zusammengefaßt werden und immer wieder unter relativ geringem Kostenaufwand für



Arbeitsweisung für eine Maschine. — Ähnlich wie die Papierrolle bei einem elektrischen Klavier, dirigiert dieser Lochstreifen die Arbeitsvorgänge einer automatischen Drehbank. Arbeitsfehler werden von dem im Hintergrund erkennbaren Kontrollgerät angezeigt. Ein Höchstmaß an technischer Vollkommenheit.

die Herstellung eines neuen Produktes neu zusammengesetzt werden können.

Auf jeden Fall wird es von Vorteil sein, die Anzahl der Typen eines Produktes zu begrenzen, es muß der Mut zum Verzicht auf die Randgebiete der Häufigkeitsrate aufgebracht werden, denn je geringer die Zahl der produzierten Typen ist, desto eher läßt sich automatisieren.

Während im teilautomatisierten Betrieb der Mensch weitgehend aus der unmittelbaren Produktion ausgeschaltet ist, wird er bei Instandhaltungs- und Reparaturmaßnahmen im größeren Umfang erforderlich als früher. In einem auf Automation umgestellten Blechwalzwerk entfielen vor der Neugestaltung 30 Elektriker auf 1000 Produktionsarbeiter, danach 120 Elektriker auf 420 Arbeiter. Ähnliche Erfahrungen haben wir z. B. auch mit unserer neuen Grobblechstraße gemacht. Während sich die Zahl der unmittelbar in der Produktion Beschäftigten verringern wird, nehmen nicht nur die Aufgaben der Erhaltungsbetriebe zu, sondern auch die der Planungs- und Konstruktionsabteilungen. Auch die Fertigungskontrollen werden stärker besetzt sein müssen.

Besonderere Aufmerksamkeit aber bedarf der Mensch und sein Arbeitsplatz im automatisierten Betrieb. Der Arbeitsplatz wird in Zukunft mehr geistige Kräfte erfordern, mehr Initiative, Verantwortung, Nachdenken und rasches Reaktionsvermögen. Die nervliche Belastung wird größer sein als früher. So hat man beim Übergang zu einer automatisierten Walzenstraße eine punktmäßige Arbeitsplatzbewertung zum Beispiel für einen Schrauber vorgenommen. Für ihn stiegen die geistigen Anforderungen von 54 auf 78 Punkte, die nervliche Belastung von 7 auf 12 Punkte, während die Muskelleistung von 33 auf 12 Punkte gesunken ist.

Daraus erhellt bereits, daß es mehr denn je darauf ankommt, den richtigen Mann für den richtigen Platz zu finden. Dazu sind nicht nur profilierte Eignungsprüfungen, sondern auch spezialisierte Belegschafts- und Arbeitsplatzkarteien notwendig. Der Arbeitsplatz sollte analytisch genau untersucht werden, um eine gerechte Lohnfindung zu ermöglichen.

Welche Ausbildung wird nun im automatisierten Betrieb gefordert? Zunächst eine breite, auf die allgemeine und sachgerechte Beherrschung der technischen Mittel abgestimmte „Grundausbildung“, der eine anlernende Spezialisierung folgen muß. Die Trennung von Grundausbildung und Spezialisierung erleichtert die Beweglichkeit und berufliche Einsatzmöglichkeit, die sich mit fortschreitender Automation und ihrem Zwang zum Arbeitsplatzwechsel ergeben werden.

An die Stelle der beiden traditionellen Ausbildungsmodelle des Handwerkers und des Kaufmanns wird das Ausbildungsmodell des Technikers treten. Aber bis heute gibt es in Deutschland keine Stätte, wo diese Techniker von Anfang an geschult werden können, 70 Prozent aller Techniker werden heute noch als Handwerker ausgebildet. Die Schulzeit sollte verlängert und die Entscheidung für eine berufliche Ausbildung auf das 16. oder 17. Lebensjahr heraufgesetzt werden. Mit der beruflichen Beweglichkeit des Arbeitnehmers schwindet das Leitbild des lebenslänglichen Berufes. Es kommt auf die Anpaßbarkeit des Menschen an, denn Vollbeschäftigung und lebenslänglicher Beruf schließen sich in der fortschreitenden Automation aus.

Wie dringend die Ausbildung von Technikern und Ingenieuren ist, zeigt ein Vergleich zwischen Amerika und Rußland. 1950/51 wurden in Amerika 42.000 Techniker und Ingenieure ausgebildet, 1954/55 waren es 22.000. Dem steht ein jährlicher Bedarf von 50.000 gegenüber. Nach einer NATO-Studie wurden in letzter Zeit in Rußland jährlich 60.000 Ingenieure und Techniker ausgebildet. In den nächsten 5 Jahren sollen etwa 650.000 Ingenieure und Techniker, das sind doppelt soviel als im letzten Jahr fünf, herangebildet werden. Westdeutschland hat einen jährlichen Zuwachs von 12.000 Ingenieuren und Technikern, davon 2.200 Absolventen der technischen Hochschulen.

Der jährliche Zuwachs an akademisch gebildeten Ingenieuren bezogen auf 1 Million Einwohner beträgt in der Sowjet-Union 280, in Amerika 136, in Westdeutschland 86 und in Großbritannien 56. Aber es ist nicht nur eine gute Bildung und Aus-

bildung des Nachwuchses erforderlich, sondern die Wissenschaften selbst müssen vor allem auf dem sozialen Sektor weiter eingeschaltet werden, so vor allem die Arbeitsmedizin, die Arbeitspsychologie und die Soziologie. Von den wissenschaftlichen Untersuchungen und Erkenntnissen wird weitgehend die innerbetriebliche und überbetriebliche Struktur der automatisierten Abteilungen und Werke abhängen.

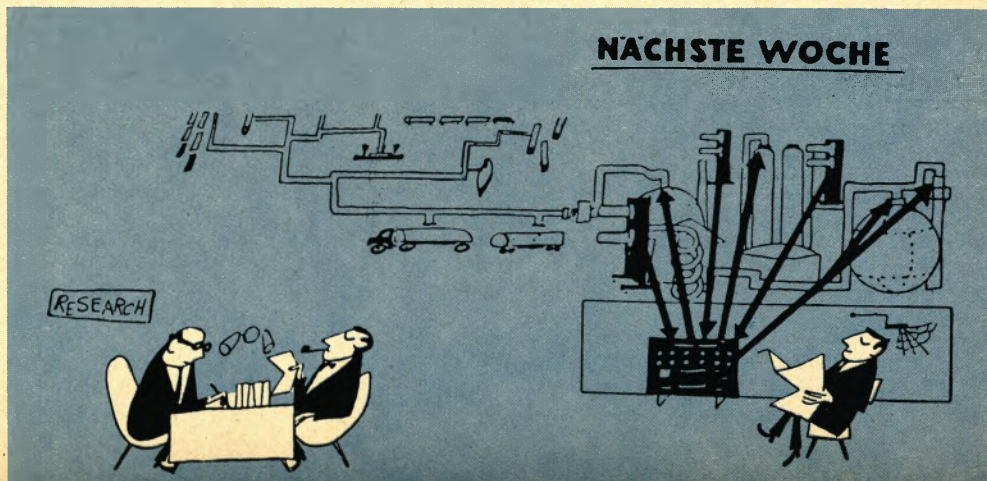
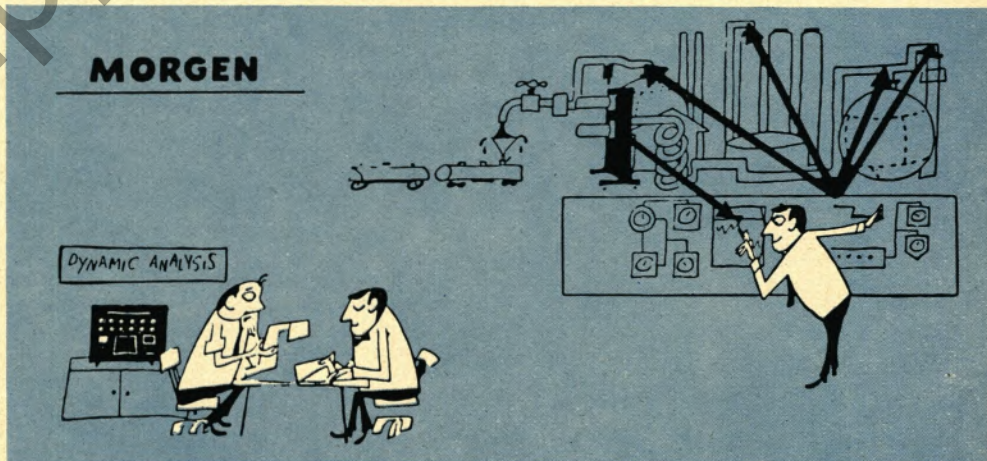
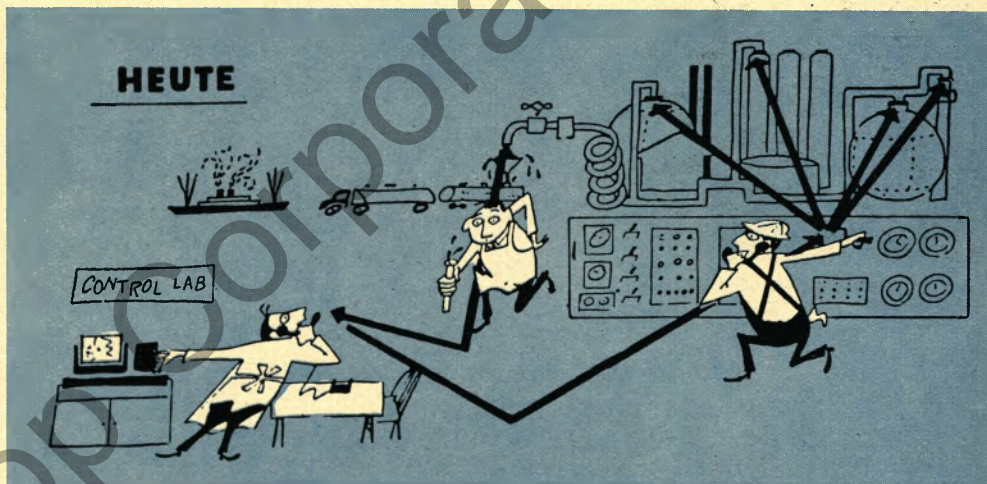
Im automatisierten Betrieb wird und kann die Aufsichtsmöglichkeit von oben gering sein, deshalb werden an die Mitarbeiter zunehmende Anforderungen an den Charakter und an die Selbstkontrolle gestellt, denn die Versuchung, aus der Arbeitsdisziplin auszubrechen, ist natürlich groß. Die Konzentrationsfähigkeit der Arbeiter im automatisierten Betrieb muß weiter ausgebildet werden, und das konkrete technische Verständnis, das im vorautomatisierten Betrieb gefordert wurde, muß nun einem abstrakten weichen. Der technische Prozeß ist im automatisierten Betrieb formelhaft geworden, die Anschaulichkeit des Arbeitsvorganges wurde von der Unanschaulichkeit von Zeigerausschlägen abgelöst. Mitarbeiter, die früher direkt in der Produktion tätig waren, kommen durch die Automatisierung zum Beispiel einer Walzenstraße in die Lage, nur noch Kontroll- und Überwachungsfunktionen auszuüben; die schwere körperliche Arbeit wird durch eine Leistungsbereitschaft abgelöst, wie sie die Feuerwehr kennt. Eng verknüpft mit dieser Leistungsbereitschaft ist das Problem, womit sich der Mann, der vielleicht alle zwei Stunden seine Maschine kontrollieren muß, in der Zwischenzeit beschäftigt. Gibt man ihm Gelegenheit, ein Hobby zu pflegen, oder sollte er noch andere anfallende Arbeiten erledigen? Diese Überlegungen stecken, da engstens mit der Voll-

automatisierung verbunden, in Deutschland ganz in den Anfängen, so daß sich noch nichts Endgültiges darüber sagen läßt.

Die Ansicht, daß jeder Arbeiter im automatisierten Betrieb eine überdurchschnittliche Intelligenz haben muß, wird heute nicht mehr allgemein geteilt, da man die komplizierten Kontrollen wiederum einer Maschine überträgt und den Menschen nur noch einfachere Funktionen ausüben läßt.

Die Automation wird sich aber nicht nur in der Produktion auswirken, sondern auch in der Verwaltung. Und gerade hier ist auch der Ansatzpunkt, an dem wir fragen können, wo sich in unserem Werk die Automation einführen läßt. Denn im routinemäßigen Ablauf vieler Verwaltungsaufgaben liegen bei uns — vom heutigen Standpunkt aus betrachtet — größere Automatisierungsmöglichkeiten als in der Produktion. Dort sind über die Automatisierung der Walzenstraßen und den neuen Hochofen mit Isotopensteuerung und -messung wenig Ansatzpunkte für die Automation vorhanden, so daß die von manchen Experten aus technischen Gründen befürchtete Arbeitslosigkeit wohl kaum zu unseren Problemen zählt. Auch in der Verwaltung wäre, wenn weitere elektronische Maschinen aufgestellt werden, nicht mit Entlassungen zu rechnen, da dann, wie aus einer Unterredung mit Herrn Ehrig hervorging, zusätzliche Rechenaufgaben und Kalkulationen für die Produktionsberechnung, Planung, Marktlage, Investitionen und ähnliches angestellt werden können. Wichtig ist aber im Sinne einer guten und vertrauensvollen Zusammenarbeit zwischen Unternehmensleitung und Arbeitnehmern die rechtzeitige Unterrichtung der Belegschaft vor der Automatisierung eines Betriebs- oder Verwaltungssektors.

Der Weg zur automatisierten Kontrolle. — Abdruck der Karikatur mit freundlicher Genehmigung von Control Engineering.



Plan über monatliche Lohnzahlung ist dem Betriebsrat zugeleitet

In einem an die Pressestelle gerichteten Schreiben nimmt der Betriebsrat Stellung zu der redaktionellen Bemerkung, die wir in Ausgabe 1/58 einigen zur monatlichen Lohnzahlung geäußerten Lesermeinungen voranstellten. Die Betriebsvertretung weist darauf hin, daß durch diese Veröffentlichung in der Belegschaft der Eindruck entstanden sei, daß der ursprünglich zur Einführung vorgesehene Termin, der 1. April dieses Jahres, bereits als endgültiger Beschluß feststehe. Demgegenüber wird in dem Schreiben darauf aufmerksam gemacht, daß zur Änderung des Lohnzahlungssystems die Zustimmung der Betriebsvertretung erforderlich ist. Zwischen Werksleitung und Betriebsrat, so heißt es in der Entgegnung, aber seien offizielle Verhandlungen zu diesem Thema bis heute noch nicht geführt worden.

Dazu ist zu sagen: Das Gespräch über die geplante Einführung der monatlichen Lohnzahlung steht seit Monaten im Raum. Die Diskussion, die in den Betrieben hierüber im Gange ist, wird inzwischen sicherlich auch bis zu dem letzten Belegschaftsmitglied vorgedrungen sein. Wenn jedoch definitive Verhandlungen mit dem Betriebsrat noch nicht stattgefunden haben, so ist das damit zu erklären, daß die Werksleitung hierbei sogleich einen Plan vorzulegen gedenkt, der für jedes Belegschaftsmitglied eine annehmbare Übergangslösung vorsieht und für den Betriebsrat akzeptabel ist. Ein solcher Plan ist inzwischen dem Betriebsrat zugeleitet worden. Die baldmögliche Einführung der monatl. Lohnzahlung eine Forderung der Zeit, der wir uns nicht entziehen können.

Vom Arbeiter zum Betriebsingenieur

Wie aus der Chronik in dieser Ausgabe der Werkzeitschrift hervorgeht, ist Obermeister Franz Hüttermann mit



Wirkung vom 1. Februar 1958 zum Betriebsingenieur ernannt worden. Damit untersteht ihm innerhalb des

Maschinenbetriebes Stahl- und Walzwerke der Bereich der Block- und Brammenstraße, der Halbzeugstraße und der 750er-Straße.

Die Ernennung ist ein schönes Zeichen dafür, daß es auch heute noch durchaus möglich ist, durch Fleiß, Zielstrebigkeit, klugen Verstand und Initiative in eine Stellung aufzurücken, die im allgemeinen nur Bewerbern mit abgeschlossener Hoch- oder Fachschulausbildung offensteht. Franz Hüttermann — einer vom Jahrgang 1902 — arbeitete sich von der Pike an empor. Nach acht Jahren Volksschule trat er am 8. Mai 1916 als Vierzehnjähriger im Maschinenbetrieb auf Neu-Oberhausen als Lehrling ein.

Nach beendeter Ausbildung zum Schlosser fuhr er abends, anschließend an die tägliche Arbeitszeit, nach Duisburg, um in Abendkursen der dortigen

Staatlichen Maschinenbauschule sein theoretisches Wissen zu vertiefen. Er brachte es bald zum Vorarbeiter und — im Sommer 1937 — zum Meister.

Vier Jahre nach Kriegsende, am 1. Juni 1949, erhielt er die Stellung eines Obermeisters für den Maschinenbetrieb Stahl- und Walzwerke. Die jetzige Ernennung zum Betriebsingenieur ist die wohlverdiente und gebührende Anerkennung für die bisherigen Verdienste Franz Hüttermanns.

Resturlaub jetzt nehmen!

Ein möglichst zusammenhängender Urlaub ist für jeden Werk tätigen einmal im Jahr unbedingt notwendig. Der Sinn der Urlaubsregelung ist verfehlt, wenn er in viele kleine Teile auseinandergerissen und nicht dazu benutzt wird, einmal ganz und gar von der Arbeit auszuspannen. Das geteilte Weihnachtsgeld, dessen zweite Hälfte vor Antritt des Urlaubs ausgezahlt wird, trägt mit dazu bei, daß dieser Urlaub möglichst in einer vollkommen anderen Gegend und Umgebung verbracht werden kann. Immer aber gibt es noch eine Anzahl von Belegschaftsmitgliedern, die ihren Urlaub nicht in dem Jahr nehmen, in dem sie einen Anspruch darauf haben. Das heißt, daß sie wahrscheinlich über ein ganzes Jahr lang keinen Urlaub in Anspruch genommen haben. Das schadet natürlich nur der eigenen Gesundheit. Allein jetzt stehen bei uns im Werksdurchschnitt noch etwa fünf Prozent des Urlaubsanspruchs aus dem Jahr 1957 offen. Wir möchten aus diesem Grunde noch einmal besonders darauf hinweisen, daß Urlaubsansprüche grundsätzlich in dem Kalenderjahr abzuwickeln sind, in dem sie entstehen. Lediglich in besonders begründeten Ausnahmefällen können Resturlaubsansprüche darüber hinaus bis zum 31. März des folgenden Jahres abgewickelt werden.

Alle Belegschaftsmitglieder, die noch einen Urlaubsanspruch aus dem

Gelbe Helme

Demnächst werden in den Betrieben Kollegen mit gelbem Schutzhelm auftauchen. Einen solch leicht erkennbaren Schutzhelm werden alle diejenigen tragen, die in letzter Zeit entweder neu eingestellt oder innerbetrieblich umbesetzt wurden. Grund dafür ist die Tatsache, daß die neu eingestellten oder die an andere Arbeitsplätze umbesetzten Belegschaftsmitglieder mit einem besonders hohen Prozentsatz an der Unfallziffer beteiligt sind.

So wird in Zukunft jeder einen Neueingestellten oder Umbesetzten erkennen können und somit wissen: „Aha, hier muß ich besonders rücksichtsvoll sein, hier muß ich vorsichtig sein oder gar helfend und erläuternd einspringen, denn der andere kennt noch nicht die Unfallgefahren und ist mit den speziellen Eigenarten seines Arbeitsplatzes noch nicht hundertprozentig vertraut.“ Wo ein gelber Schutzhelm auftaucht, sollte jedes ältere Belegschaftsmitglied wissen, daß hier eine Aufgabe zu erfüllen ist.

Für diejenigen aber, die einen solchen Helm tragen, darf das keineswegs eine Diffamierung bedeuten. Es muß so sein, wie man es z. B. in England kennt, wo das Kraftfahrzeug eines jeden neuen Führerscheininhabers besonders gekennzeichnet. Und niemand spöttelt oder lächelt, jeder übt Rücksicht, denn keiner hat vergessen, daß er selbst auch einmal Anfänger war.

Wann kommt Dein Vorschlag?

Im Januar 1958 erhielten folgende 16 Belegschaftsmitglieder Geldprämien für ihre Mitarbeit am Vorschlagswesen:

Alfons Behrendt, Werkstätten- und Reparaturbetriebe Hochöfen: Ölwanne zum kontinuierlichen Schmieren der Kegelhäder beim Fahrwerksantrieb der Dampfkräne auf der Eisenhütte; Fritz Buittenbruch, Hochofenbetrieb: Auffangrutsche für das vom Plattenband herunterfallende Sintermaterial; Horst Feuerstacke, Hochofenbetrieb: Auffangrutsche für das vom Plattenband herunterfallende Sintermaterial; Heinz Hahn, Maschinen- und Werkstättenbetrieb Stahl- und Walzwerke: Vorrichtung zum Feststellen der Umschaltvorrichtung am Kran der Dolomitanlage; Karl-Heinz Kunz, Maschinen- und Werkstättenbetrieb Stahl- und Walzwerke: Vorrichtung zum Feststellen der Umschaltvorrichtung am Kran der Dolomitanlage; Martin Kock, Blechwalzwerke: Einsparung an Arbeitszeit beim Umspannen der Duo-Walzen auf der Walzenschleifbank; Heinz Mackels, Profilstraßen: Kantersperre für die Reparatur des Kanters II an der 850er-Straße; Matthias Peukert, Maschinen- und Werkstättenbetrieb Blechwalzwerke: Behebung der Mängel der verschiebbaren Schüttelrut-

sche am Plattentransport der Saumschere im Grobblech-Walzwerk; Horst Plaschkies, Abteilung Verkaufsabrechnung: organisatorische Änderungen zur Vereinfachung der Arbeit in der Verkaufsabrechnung; Wilhelm Raduschewski, Maschinenbetrieb Hochöfen: stationäre Eisenkonstruktion für das Scheibenstecken in Gasleitungen bei Reparaturarbeiten im Dampfkraftwerk; Fritz Stanitzke, Maschinen- und Werkstättenbetrieb Blechwalzwerke: Hebel zum Drehen der Walzen der Quarto-Straße beim Walzenwechsel in die Spindelrichtung; Jakob Vogt, Maschinen- und Werkstättenbetrieb Stahl- und Walzwerke: Regale für das Lagern von Schläuchen und Preßluftwerkzeugen; Gustav Steinau, Verzinkerei Gelsenkirchen: Beseitigung der unangenehmen Erscheinungen beim Einlauf des Drahtes in das Zinkbad; Ferdinand Tetzlaff, Verzinkerei Gelsenkirchen: Beseitigung der unangenehmen Erscheinungen beim Einlauf des Drahtes in das Zinkbad; Rudolf Christian, Verzinkerei Gelsenkirchen: schwenkbarer Zangenhalter, verschleißbarer Verzinkungstopf und Zangenüberwurf; Franz Wiese: Verzinkerei Gelsenkirchen: schwenkbarer Zangenhalter, verschleißbarer Verzinkungstopf und Zangenüberwurf.

Jahre 1957 haben, werden deshalb gebeten, ihn umgehend abzuwickeln, da er andernfalls mit dem 31. März dieses Jahres verfällt. Das gleiche gilt für die zweiten Zahlungen des Weihnachtsgeldes, die für das Jahr 1957 ausgestellt wurden.

Noch einmal: Monatliche Zahlung!

Nach einer Mitteilung in Nr. 1 des „Echo der Arbeit“ ist nun vorgesehen, daß wir ab 1. April die monatliche Lohnzahlung bekommen. Wenn das so ist, dann haben wir auch wohl ein Recht auf bargeldlose Zahlung. Man kann wohl keinem zumuten, das Risiko und die Gefahr auf sich zu nehmen, seinen ganzen Monatslohn im Spind aufzubewahren oder gar mit sich herumzutragen. Wenn ich am Lohnungstag Mittagschicht oder frei habe, so muß ich drei Stunden meiner kostbaren Freizeit opfern und 1,50 DM an Fahrgeld verfahren, um meinen Lohn zu holen. Wenn die monatliche Lohnzahlung Vorteile für das Werk bringt, so dürften bei der betont sozialen Einstellung nun für uns auch keine Nachteile entstehen.

Walter Guske,
Pfannenhalle NO

Günstiger Krankenstand muß erhalten bleiben!

Mit dem Inkrafttreten des Lohnfortzahlungsgesetzes im Juli vergangenen Jahres ist bei vielen Krankenkassen im Bundesgebiet der Krankenstand sprunghaft angestiegen. Die Folge davon war, daß in der Presse Stimmen laut wurden, die eine Beseitigung der durch das Gesetz gegebenen Besserstellung des Arbeiters forderten. Die Anfeindung ging so weit, daß man lesen konnte, der Arbeiter sei dieses Gesetzes noch nicht würdig.

Diesen Vorwurf kann die Belegschaft der Hüttenwerk Oberhausen AG in Oberhausen mit Recht zurückweisen, da bei unserer Betriebskrankenkasse der Krankenstand durch das Lohnfortzahlungsgesetz nur ganz unwesentlich beeinflußt wird.

Dieses Gesetz ist am 1. Juli 1957 in Kraft getreten. Nach der folgenden Hitzewelle und der Grippeepidemie im September und Oktober des Jahres ist der Krankenstand im November und Dezember so abgefallen, daß er wieder als normal bezeichnet werden konnte. Der Durchschnittsstand lag im

Mehr Kranke - mehr Unfälle!

Die positive Tendenz der sinkenden Krankenzahlen bei den Belegschaften unserer Werke in Oberhausen und Gelsenkirchen hält leider nicht mehr an. Der Krankenstand ist bei weitem nicht mehr so günstig wie zu der Zeit, als der Geschäftsführer der Betriebskrankenkasse Oberhausen, Vowinkel, seinen Bericht schrieb, den wir auf dieser Seite veröffentlichten. Das war vor ungefähr zwei Wochen. Inzwischen hat sich die Situation grundlegend verschlechtert. Während der Durchschnittsrankenstand im Dezember in Oberhausen noch bei 4,28 Prozent lag, stieg er im Januar bereits auf 4,98 Prozent. Noch bedenklicher wurde es in den ersten Februartagen: am 3. Februar betrug der durchschnittliche Krankenstand 5,34 Prozent, am 6. Februar 5,35 Prozent. Die Gelsenkirchener, die noch in den ersten Tagen des neuen Jahres nach Unterschreiten der Vier-Prozent-Grenze sogar unter dem Oberhäusener Stand lagen, haben ebenso ungünstige Zahlen zu verzeichnen. Am 3. Februar betrug hier der Krankenstand 5,44 Prozent; am 4. Februar stieg er sogar auf 5,62 Prozent. Ähnlich negativ ist das Ergebnis bei den Unfallzahlen. Sie stiegen in Oberhausen von 46 im Dezember auf 61 im Januar. Im Werk Gelsenkirchen wurden im Dezember elf meldepflichtige Betriebsunfälle registriert; im Januar waren es bereits wieder 13. Diese Zahlen sollten nicht übersehen werden!

Dezember bei 4,28 Prozent und somit nur wenig über dem Stand vom Dezember des Vorjahres. Aber auch bei einem Vergleich mit den anderen Werken der Hüttenindustrie wurde in allen Monaten der günstigste Krankenstand erzielt. So stand einem Durchschnittsstand im Hüttenwesen im Dezember 1957 von 5,31 Prozent bei unserer Kasse nur ein Krankenstand von 4,28 Prozent gegenüber.

Diesen günstigen Krankenstand führen wir insbesondere auf das disziplinierte Verhalten unserer Stammbesellschaft zurück. An alle unsere Versicherten ergeht daher der erneute Wunsch, nur dann zum Krankengeldschein zu greifen, wenn auch wirklich Arbeitsunfähigkeit vorliegt.

Während viele Kassen bereits dazu übergegangen sind, die Mehrleistungen abzubauen, haben die Organe unserer Kasse beschlossen, die bisherigen Mehrleistungen in unverminderter Form beizubehalten und den bisherigen Beitragssatz zunächst nur noch für drei Monate weiterzuerheben, um wieder die gesetzlich vorgeschriebene Rücklage, die durch die Grippe-Epidemie stark zusammengeschmolzen war, aufzufüllen. Dann wird einer Beitragssenkung nichts mehr im Wege stehen, vorausgesetzt, daß wir auch dann noch so einen günstigen Krankenstand zu verzeichnen haben werden.

Der allgemeine Beitrag zur Krankenversicherung beträgt z. Z. 7,8 Prozent für Arbeiter. Da von diesem Beitrag der Arbeitgeber die Hälfte zahlt, beträgt

daß der Beitrag zur Sozialversicherung dem Beitrag zur Krankenversicherung gleichzusetzen sei. Bei einem Monatslohn von 750,— DM beträgt der Gesamtbeitrag zur Sozialversicherung 171,48 DM. Hiervon trägt der Arbeitgeber die Hälfte, so daß auf den Arbeitnehmer 85,74 DM entfallen. Von dieser Summe wiederum entfällt der größte Teil auf die Rentenversicherung = 52,50 DM und ein Betrag von 7,50 DM auf die Arbeitslosenversicherung, so daß für die Krankenversicherung nur noch ein Betrag von 25,74 DM übrigbleibt oder 30 Prozent des Gesamtbeitrages.

In den nachfolgenden Beispielen haben wir den Versichertenanteil aufgeteilt nach den einzelnen Sparten, und zwar für verschiedene Versicherte mit einem schwankenden Monatseinkommen:

Sozialversicherungspflichtiger Gesamtverdienst	Beitrag zur Rentenversicherung 7%	Beitrag zur Arbeitslosenversicherung 1%	Beitrag zur Krankenversicherung 3,9%	Gesamtanteil des Versicherten 11,9%
350,— DM	24,50 DM	3,50 DM	13,65 DM	41,65 DM
450,— DM	31,50 DM	4,50 DM	17,55 DM	53,55 DM
550,— DM	38,50 DM	5,50 DM	21,45 DM	65,45 DM
650,— DM	45,50 DM	6,50 DM	25,35 DM	77,35 DM

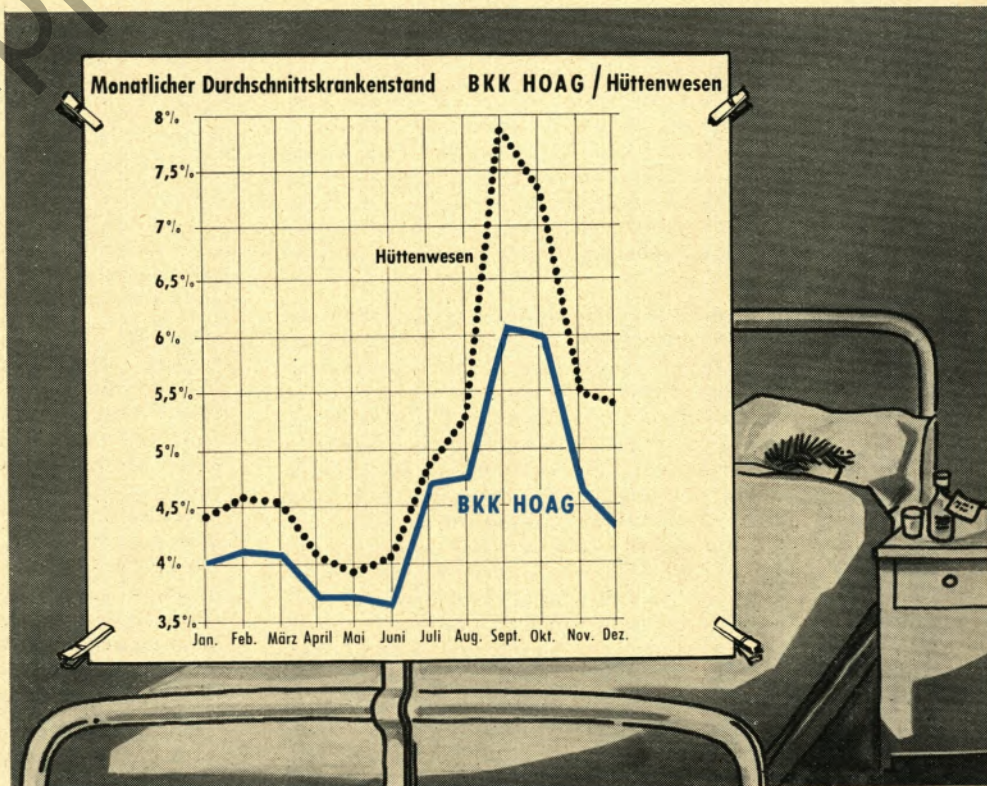
die Belastung für den Versicherten im Höchsthalle 25,74 DM monatlich, sofern der beitragspflichtige Verdienst über 660,— DM monatlich liegt.

Der in der Lohnabrechnung erscheinende Gesamtbeitrag ist bedeutend höher, da er gleichzeitig die Beiträge zur Rentenversicherung und Arbeitslosenversicherung einschließt. Darauf ist immer wieder hinzuweisen, da auch heute noch bei vielen Versicherten die irrtümliche Meinung besteht,

Zusätzlich zahlt der Arbeitgeber den gleichen Beitragsanteil.

Bei der Inanspruchnahme von Kassenleistungen soll man sich daher daran erinnern, daß bei einem Beitragsanteil des Versicherten von höchstens 25,74 DM oft für den einzelnen Versicherungsfall Leistungen von mehreren tausend DM zu erbringen sind.

Vowinkel



SICHERHEIT ALS 'BUSINESS'

Ein interessanter Vergleich zwischen amerikanischen und deutschen Unfallzahlen

Das Problem, Unfälle — insbesondere Arbeitsunfälle — zu verhüten, ist weltweit. Seit der Zeit, da man erkannte, daß Betriebsunfälle nicht als unabänderliche Folge der Industrialisierung hingenommen zu werden brauchen, sind die Bemühungen um eine wirksame Unfallverhütung im Gange. Wie auf anderen Gebieten der Sozialversicherung, war Deutschland auch in der Unfallversicherung, deren wichtigstes Teilgebiet die Unfallverhütung ist, schon Ende des vergangenen Jahrhunderts führend. Noch 1932 konnte der deutsche Vertreter beim Internationalen Arbeitsamt voll Stolz erklären, daß der Gedanke des Arbeitsschutzes ein Geschenk Deutschlands an die Menschheit gewesen sei. Nach einer jahrelangen Abkapselung von der Welt muß es daher für uns von besonderem Interesse sein, zu erfahren, wie weit inzwischen in anderen Ländern die Unfallverhütung vorangetrieben wurde. Um es vorweg zu sagen: Die deutsche Industrie ist auf dem Gebiete der Unfallverhütung während der letzten Jahrzehnte schwer ins Hintertreffen geraten. Das wird bewiesen durch die Untersuchungen unseres Mitarbeiters Dr. Klaus J. Bohr, der sich eingehend damit beschäftigte, die Unfallsituation in Deutschland und Amerika zu vergleichen. Dabei konnte er in den Betrieben der US-Eisen- und Stahlindustrie ein persönliches Bild gewinnen von der Lage der Dinge. Das Ergebnis seiner Untersuchungen veröffentlichen wir auf diesen Seiten.

Einleitend verdient hervorgehoben zu werden, daß in den USA der Begriff „Sicherheit“ das Handeln und Trachten eines jeden Staatsbürgers weitaus mehr als in Deutschland durchdringt. Der Schwerpunkt der Arbeit zur Unfallverhütung liegt weniger im Erlaß und der Durchführung von Gesetzen, Verordnungen und Vorschriften, sondern in einer Erziehungsarbeit, die beim Kind schon vor dem schulpflichtigen Alter beginnt und alle und jeden auf die im täglichen Leben überall drohenden Unfallgefahren hinweist und auf die Wege aufmerksam macht, sie zu vermeiden. Der Gedanke des „Safety first“ ist durch eine wirksame, weit angelegte Propaganda Gemeingut geworden. Öffentliche und private Gesellschaften, Versicherungsunternehmen, Schulen und Universitäten sowie Gewerkschaften wetteifern in der Verbreitung dieses Gedankens. Daher ist jeder Betriebsangehörige, vom Betriebsleiter bis zum jüngsten Lehrling, schon von vornherein für diesen Gedanken weit aufgeschlossen. Es ist nicht übertrieben, wenn man behauptet, daß es ein Charakterzug des Amerikaners sei, sich dem Nächsten gegenüber hilfsbereit zu zeigen, dasselbe aber auch von ihm zu erwarten.

Es scheint aber auch, daß der amerikanische Arbeiter am unfallsicheren Arbeiten persönlich stärker interessiert ist als der deutsche. Das mag einmal eine Folge des umfangreichen Erziehungsprogramms und der verantwortlichen Mitarbeit des einzelnen Staatsbürgers sein. Zum anderen aber ist in den USA die finanzielle Einbuße, die ein Arbeiter bei zeitweiligem oder dauerndem Verlust seines Arbeitsplatzes erleidet, recht erheblich. Die Einbußen betragen etwa 40 Prozent des normalen Arbeitseinkommens. Dadurch kommt die Selbstverantwortlichkeit in einer anderen Art zum Ausdruck als bei uns. Unfälle kosten dem Unternehmen Geld durch Zeitverluste, Ausfall von Arbeitskräften, Unbrauchbarwerden von Material, Maschinen und Werkzeugen. Deshalb — so ist die amerikanische Mentalität — muß auch der Unfallverletzte seinen Schaden zum erheblichen Teil selbst tragen. Der amerikanische Arbeiter ist sich deshalb des Vorteils der Erhaltung seiner Arbeitskraft stärkstens bewußt und deshalb doppelt bemüht, keinen Unfall zu erleiden. In diesem Zusammenhang ist ferner nicht zu übersehen, daß

es in den USA offenbar gelungen ist, die Meister für den Sicherheitsgedanken zu gewinnen und sie — kraft ihrer Funktionen im Betriebsablauf — mehr als bei uns zu einem der Hauptträger der Sicherheitserziehung im Betrieb zu machen. Die Unfallzahl ist das Fieberthermometer für einen Betrieb. Stimmt in dieser Hinsicht etwas nicht, sind auch andere Mängel in den menschlichen Beziehungen vorhanden, denn die Unfallverhütungsarbeit fußt auf dem guten persönlichen Kontakt von Mensch zu Mensch.

Eine entscheidende Rolle spielt außerdem das Kostendenken der Amerikaner. Wirtschaftliche Erwägungen haben die amerikanischen Unternehmer offenbar davon überzeugt, daß Sicherheit bessere und höhere Produktion bedeutet. Es ist den Amerikanern gelungen, sowohl die direkten als auch die indirekten Kosten eines Arbeitsunfalles zu erfassen. Ein gut funktionierender Arbeitsschutz ist gleichzeitig ein sich lohnendes Geschäft, ein „business“ sozusagen. Das Schergewicht der Unfallverhütung liegt daher nicht beim Staat, auch nicht bei der Unfallversicherung, sondern bei der Selbstverantwortung jedes einzelnen Betriebes. Eine Aufgabe, die von der amerikanischen Unternehmerschaft, nicht zuletzt von den Kaufleuten, sehr ernst genommen wird, da sie für die Unfälle in ihren Betrieben in viel stärkerem Maße belastet wird als in Deutschland. Eine in Amerika nicht zu überhörende Losung lautet: „Sicherheit, Qualität, Produktion“.

Die aufgezeigten Beispiele zeigen, daß die verschiedensten Faktoren zu dem Absinken der Unfallhäufigkeit in der amerikanischen Industrie (mit 11,6 Unfällen auf je eine Million Arbeitsstunden erreichte sie im März dieses Jahres den bisher tiefsten Stand überhaupt) beitrugen. Nicht zuletzt aber dürfte das gute Zusammenwirken zwischen Unternehmensleitungen und Gewerkschaften zu dem Rückgang der Unfallrate geführt haben. Besonders klar treten diese Erfolge in solchen Industriezweigen auf, die früher wegen ihrer hohen Unfallzahl berüchtigt waren. Das gilt vor allem für die Eisen- und Stahlindustrie, die im Jahre 1914 eine Unfallhäufigkeitsrate von 60 (auf eine Million Arbeitsstunden) aufwies, während sie 1956 mit nur 4,4 weit unter dem Industriedurchschnitt lag.

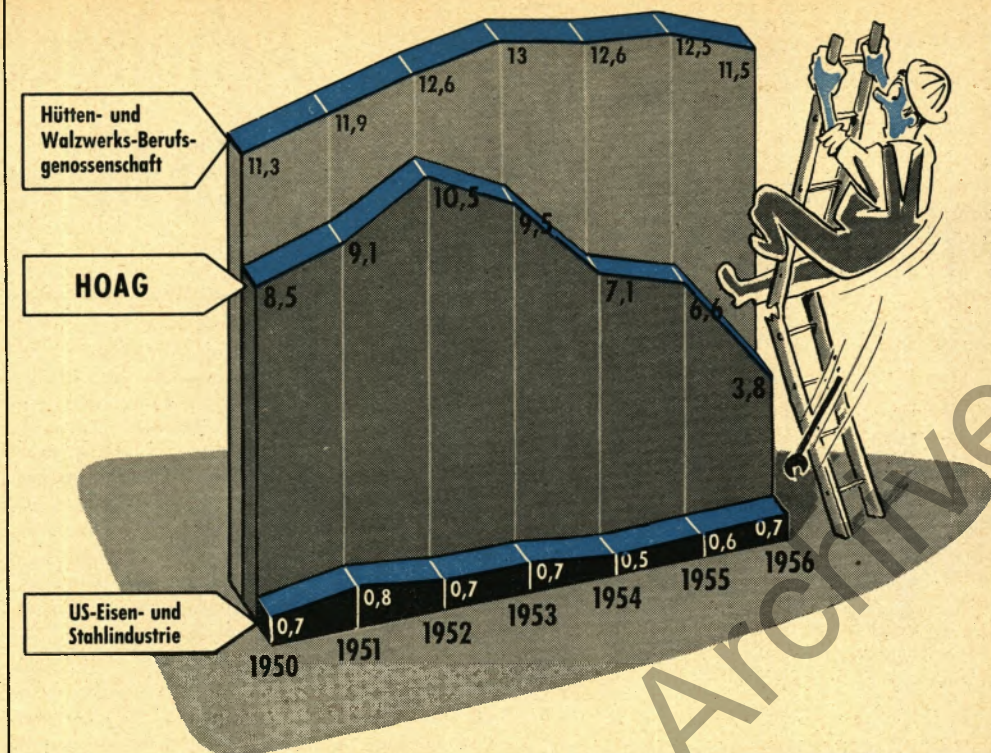
Es ist in Amerika einfach unmöglich, daß jemand den Begriff „Sicherheit“ vergißt. Man kann sich dabei des Eindrucks nicht erwehren, daß eben die Sorge für die Sicherheit auch als ethische Aufgabe, als Teil des Dienstes am Nächsten, als Bestandteil einer echten Religiosität aufgefaßt wird. Für uns Deutsche bleibt da noch unendlich viel zu lernen. —

Obwohl unser Werk in den letzten Jahren jeweils die niedrigste Unfallziffer aller eisenschaffenden Werke Westdeutschlands aufzuweisen hatte, beweist uns ein Blick auf die amerikanischen Unfallstatistiken, daß es falsch wäre, sich mit dem bisher Erreichten zufriedenzugeben. Zwar kann man die amerikanischen Verhältnisse, wie auch in den folgenden Darstellungen zum Ausdruck kommt, nicht ohne weiteres mit den deutschen vergleichen. Trotzdem aber ist der enorme Vorsprung der Amerikaner nicht allein damit zu erklären, daß „drüben“ bessere Arbeitsbedingungen vorhanden sind. Wenn nicht jeder einzelne Mitarbeiter den Gedanken des Unfallschutzes aufgreift und bis zur letzten Konsequenz befolgt, dann ist es auch unter den besten Voraussetzungen nicht möglich, die Unfallziffern zu senken.

Dem erwähnten Bericht von Dr. Bohr über die Unfallsituation in der Eisen- und Stahlindustrie der Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik entnehmen wir die nachstehenden Einzelheiten.



UNFÄLLE auf je 1000 Versicherte im Monat



Wir erhalten schon ein alarmierendes Bild, wenn wir die Zahl der Unfälle im Verhältnis zur Belegschaftsstärke betrachten. Im Jahre 1956 entfielen in Amerika auf 621 000 in der Eisen- und Stahlindustrie beschäftigte Personen nur 4 888 Unfälle (einschließlich Berufskrankheiten). Hierbei ist noch zu berücksichtigen, daß es sich um Unfälle mit Arbeitszeitausfall von einem und mehr Tagen handelt, während die deutschen Statistiken zwischen meldepflichtigen (vier und mehr Tage) und nicht meldepflichtigen (ein bis drei Tage Ausfallzeit) unterscheiden. Bei uns umfassen die von den Mitgliedswerken an die Hütten- und Walzwerksberufsgenossenschaft angegebenen Unfälle lediglich die meldepflichtigen. Selbst wenn man diesen Unterschied unberücksichtigt läßt (das Verhältnis würde für uns sonst noch viel ungünstiger), scheinen die amerikanischen Zahlen unfassbar, wie eine Gegenüberstellung der Beschäftigtenzahlen und der Unfallziffern der letzten sieben Jahre zeigt:

Jahr	amerikanische Stahlindustrie		deutsche Stahlindustrie	
	Beschäftigte	Unfälle*)	Beschäftigte	Unfälle*)
1950	636 000	6 304	Zahlen 1950/51 liegen nicht vor	
1951	670 000	7 054		
1952	654 000	6 002	273 000	38 033
1953	650 000	6 279	279 000	40 634
1954	582 000	4 236	283 000	39 122
1955	625 000	5 396	306 000	45 814
1956	621 000	4 888	327 000	45 218

Nach deutschem System, auf 1 000 Versicherte im Monat umgerechnet, ergibt sich folgende Unfallsituation:

Jahr	USA Hütten- und Walzwerksberufsgenossenschaft		
	Gesamtbereich	HOAG	berufsgenossenschaft
1955	0,7	3,6	12,5
1956	0,7	3,8	11,5

*) ohne Wegeunfälle

Im Durchschnitt der deutschen Eisen- und Stahlindustrie werden also rund sechzehn- bis siebenzehnmal mehr Unfälle verursacht als in Amerika; auch bei der HOAG kommen immer noch fast fünf bis sechs Unfälle auf einen in einem amerikanischen Werk.

Eine genaue Beobachtung der Unfallentwicklung nach amerikanischer Betrachtungsweise setzt voraus, daß alle Unfälle mit Arbeitszeitverlust, also auch solche mit nur einem bis zu drei Tagen Ausfallzeit, berücksichtigt werden, da auch leichtere Unfälle Betriebsunterbrechungen zur Folge haben und erhebliche Kosten verursachen können.

Berücksichtigt man bei den bisher ermittelten Werten (Anzahl der Unfälle auf 1 000 Versicherte im Monat) außerdem, daß in Amerika im Durchschnitt nur 39 Wochenstunden gegen-

über 44 in Deutschland verfahren werden, so wird das Bild für uns noch ungünstiger. Es bedeutet, daß die amerikanischen Zahlen, bezogen auf eine Million verfahrenere Arbeitsstunden, fast unvorstellbar günstig sind.

Hierbei ist wiederum zu beachten, daß es sich bei der HOAG nur um die Unfälle mit vier und mehr Tagen Ausfallzeit handelt, bei den USA dagegen um alle Unfälle mit Arbeitszeitverlust.

Die bis jetzt genannten Zahlen sagen noch nichts darüber aus, um welche Art von Unfällen es sich handelt (leichte, schwerere oder tödliche). Aber auch hinsichtlich der Unfall-schwere liegen die Amerikaner viel günstiger. Eine Aufgliederung der Unfälle des Jahres 1956 in der gesamten amerikanischen Stahlindustrie bzw. bei der HOAG zeigt folgende, für uns schockierende Werte:

	tödl. Unfälle	Unfälle insges.
USA (gesamte Stahlindustrie)	98	4 888
HOAG	5	512

Gemessen an der Belegschaftsstärke zeigt die Gegenüberstellung der tödlichen Unfälle bei uns eine ungleich höhere tödliche Gefährdung des einzelnen Belegschaftsmitgliedes. Im Jahre 1956 entfiel in Amerika nur auf je 6 340 Belegschaftsmitglieder ein tödlicher Unfall, während bei der HOAG jeder 2700. und im Durchschnitt der deutschen Stahlindustrie jeder 2600. einem tödlichen Unfall zum Opfer fiel.

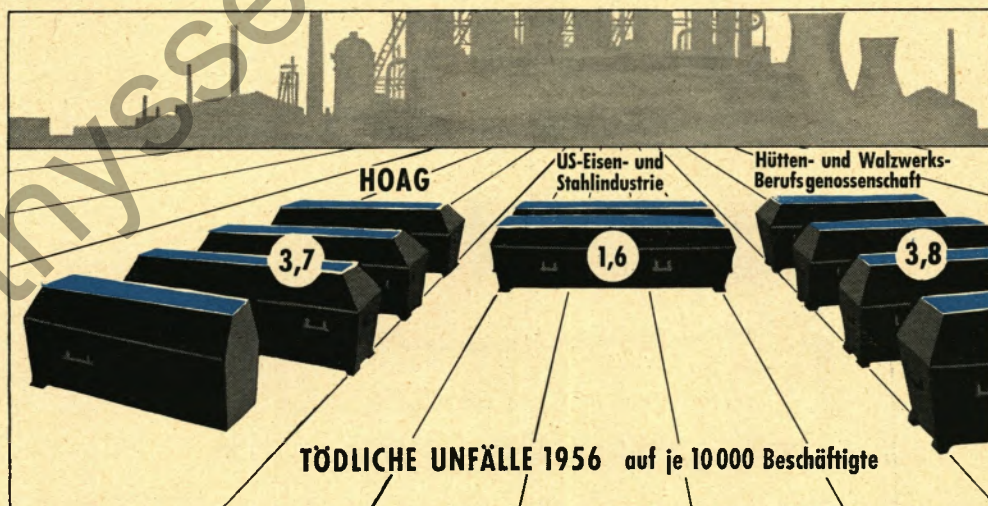
Bei den rentenpflichtigen Unfällen ist ein zahlenmäßiger Vergleich nicht sehr aufschlußreich, weil die Bemessungssysteme und Anerkenn-

Diese große nationale Tragödie muß man aufhalten. Wir dürfen die Arbeiter und ihre Familien nicht unnötigen Leiden und unnötiger Unsicherheit aussetzen. Wir dürfen unser Land nicht seiner Arbeitskraft berauben, die jetzt so dringend benötigt wird, wenn wir unsere Verpflichtungen in unseren und in fremden Ländern erfüllen wollen. Das Aufrechterhalten unserer führenden Position in der Welt und unser eigener Lebensstandard hängen von einer uneingeschränkten Produktion ab. Es gilt, durch planmäßige Zusammenarbeit Mittel zu ersinnen, um Betriebsunfälle weitgehendst aus dem Arbeitsleben zu verbannen. Es kommt darauf an, das wertvollste Gut unserer Nation zu erhalten: Das Leben und die Gesundheit unserer Mitmenschen.

Dwight D. Eisenhower am 18. Juni 1956

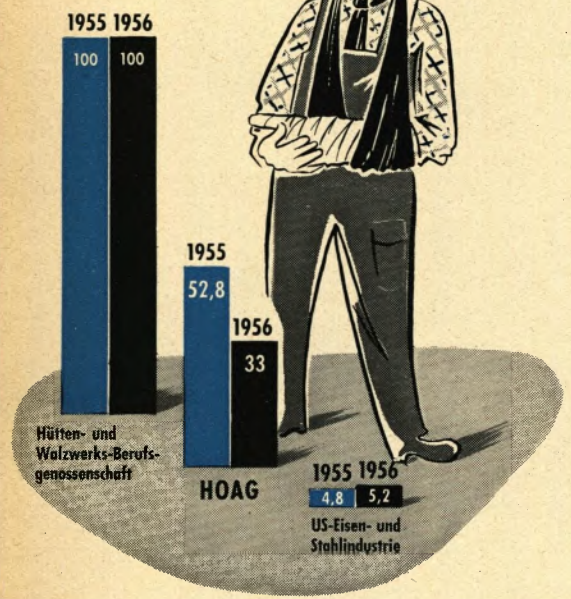
nungsverfahren für Teil- und Vollinvalidität in den Vereinigten Staaten und in der Bundesrepublik zu unterschiedlich sind. Im allgemeinen wird jedoch in Amerika großzügiger verfahren; ein gewisser Prozentsatz unserer Unfälle wäre daher nach amerikanischen Maßstäben bestimmt rentenpflichtig geworden. Bei den verhältnismäßig wenigen Unfällen in Amerika sind jedoch die dafür aufzuwendenden Kosten auch wesentlich geringer als bei uns. In den USA fließen die meisten Mittel in die Unfallverhütung und nicht in die Unfallwiedergutmachung.

Genau wie bei uns sind die Belegschaftsmitglieder in den Großbetrieben der amerikanischen Eisen- und Stahlindustrie weniger unfallgefährdet als die Mitarbeiter kleinerer Betriebe, und zwar auch hinsichtlich der Schwere der Unfälle. Eine Gruppe von Großbetrieben (von denen der größte allein mehr Stahl erzeugt als die gesamte Stahlindustrie in der Bundesrepublik) liegt mit an der Spitze der Unfallverhütung in den Vereinigten Staaten. Diese großen Firmen haben sich zu einem Ring zusammengeschlossen, um gegenseitig ihre Erfahrungen auf dem Gebiete der Un-



Unfallstand 1955 und 1956

im Vergleich zum Durchschnitt der Hütten- und Walzwerks-Berufsgenossenschaft (= 100)



Arbeitgeberzuschuß wird nicht in jedem Fall gezahlt!

Das System der Prämienzahlung für unfallfreies Arbeiten und die wachsende Erkenntnis bei den meisten Belegschaftsmitgliedern, daß die eigene Gesundheit und die damit verbundene volle Arbeitskraft ein unersetzliches Kapital sind, haben die Unfallzahlen in unserem Werk nicht nur auf ein normales Maß gesenkt, sondern sie auch weit unter den Durchschnitt der vergleichbaren Werke innerhalb der Hütten- und Walzwerksberufsgenossenschaft absinken lassen. Alle Unfälle lassen sich trotzdem nicht vermeiden, obwohl in den meisten Fällen menschliches Versagen in irgendeiner Form die Ursache ist.

Das neue Gesetz zur wirtschaftlichen Sicherung der Arbeiter im Krankheitsfall vom 26. Juni 1957, das sogenannte Lohnfortzahlungsgesetz, enthält nun eine Bestimmung, die vielen bisher nicht bekannt sein dürfte. Diese Bestimmung sollte jedoch alle Kollegen zu noch stärkerer Aufmerksamkeit und erhöhter Vorsicht bei der Arbeit veranlassen. Gleich im ersten Satz des § 1 des Gesetzes heißt es: „Ist ein Arbeiter infolge Krankheit an seiner Arbeit verhindert (Arbeitsunfähigkeit), ohne daß ihn ein Verschulden trifft, so hat er gegen seinen Arbeitgeber

einen Anspruch auf Zahlung des Zuschusses zu den Leistungen aus der gesetzlichen Kranken- oder Unfallversicherung.“ Der Gesetzestext besagt also sehr klar, daß der Arbeitgeberzuschuß zum Krankengeld nur dann gezahlt wird, wenn die Arbeitsunfähigkeit ohne eigenes Verschulden eingetreten ist. Mit anderen Worten: der Zuschuß kann in den Fällen gestrichen werden, in denen dem Belegschaftsmitglied ein Eigenverschulden an seiner Arbeitsunfähigkeit nachgewiesen werden kann.

In der Praxis sieht das dann so aus: Jeder Werksangehörige erhält zum Schweißen oder Schneiden kostenlos eine Schutzbrille; wenn nun zum Beispiel ein Kollege beim Schweißen oder Schneiden trotz striktester Anordnung die Schutzbrille nicht trägt und eine Augenverletzung erleidet, dürfte er wegen des offensichtlichen Eigenverschuldens an diesem Unfall kaum Aussichten haben, den Arbeitgeberzuschuß zum Krankengeld ausgezahlt zu bekommen. Jeder Kollege tut also gut daran, sich den § 1 des Lohnfortzahlungsgesetzes stets vor Augen zu halten — sonst könnte es, in doppelter Hinsicht, wirklich einmal „ins Auge gehen“.

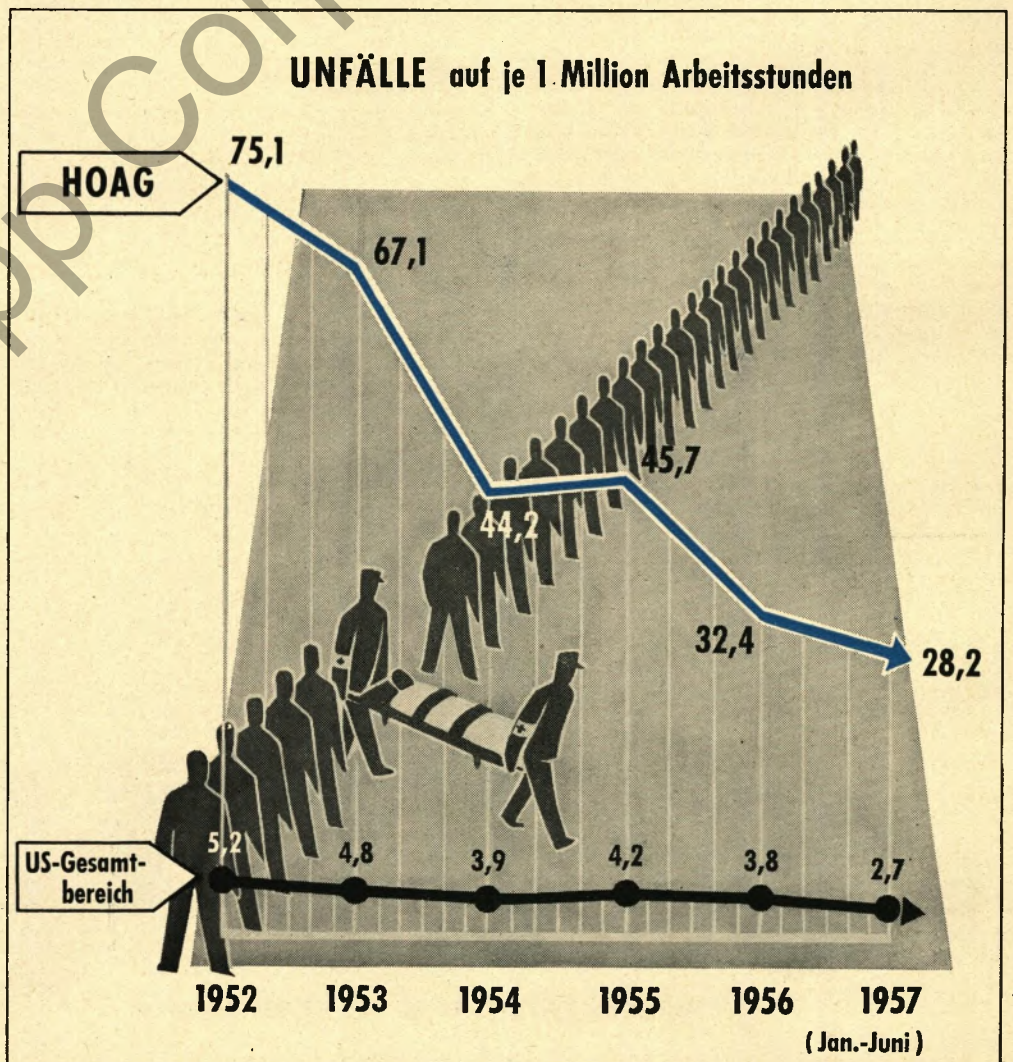
Chronicus

fallbekämpfung auszutauschen. Auf diese Weise ist eine Art Wettbewerbsgemeinschaft entstanden, in der jedes Unternehmen versucht, die Zahl seiner Unfälle möglichst gering zu halten. Verglichen wir unsere Unfallzahlen nicht mit dem Durchschnitt der amerikanischen Stahlindustrie, sondern mit denen dieser Großbetriebe (sie stehen zehn- bis zwölfmal besser da als wir und dreißig- bis vierzigmal besser als der Durchschnitt der deutschen Werke), dann träte der Unterschied so kraft in Erscheinung, daß wir trotz der bei uns zweifellos in den letzten Jahren vorhandenen Erfolge mutlos werden könnten. Aber gerade das Gegenteil ist richtig: Der amerikanische Vorsprung in der Unfallverhütung zeigt uns, wieviel erreicht werden kann und daß bei uns in Deutschland und auch in Oberhausen noch sehr viel getan werden muß!

Hinsichtlich der rentenpflichtigen Unfälle zeigt sich eine gewisse Übereinstimmung zwischen einem vergleichbaren amerikanischen Werk mit besonders niedrigen Unfallziffern und dem Hüttenwerk Oberhausen. Der Anteil der schweren Unfälle ist dort, wie auch bei uns, gemessen an der Gesamtzahl der Unfälle, fühlbar höher als im Durchschnitt der sonstigen Stahlindustrie. Zwar sind bei uns in den letzten Jahren die Unfallzahlen gesunken, jedoch hat der Anteil der schweren Unfälle zugenommen, während die Amerikaner auch dieses Verhältnis immerhin günstiger beeinflussen konnten. Auch hier wird deutlich, was noch getan werden kann und muß.

Allein aus dem technischen Vorsprung, der großzügigeren Anlage der Werke und den im allgemeinen günstigeren Arbeitsbedingungen kann man die fast unglaublichen amerikanischen Erfolge nicht erklären. Sobald der amerikanische Hüttenarbeiter das Tor zu seiner Arbeitsstätte durchschritten hat, weiß er sich sicherer als irgendwo sonst auf der Welt. Mit Stolz weisen amerikanische Werksleitungen darauf hin, daß der einzelne durch Haushalts-, Verkehrs- und sonstige Unfälle in stärkerem Maße gefährdet ist als an seinem Arbeitsplatz.

Ein weiterer Artikel in einer der nächsten Ausgaben der Werkzeitschrift wird ausführlich über die Maßnahmen berichten, durch welche die Amerikaner so erstaunliche Erfolge erzielen konnten. Wir sollten zwar nicht alles für gut und richtig halten und unbedenken übernehmen, was drüben getan wird, aber wir können bestimmt manches daraus lernen.



WERK OBERHAUSEN

Geburten:

9. 12.:
Helmut Paloch, Sohn Arno
12. 12.:
Josef Krebs, Tochter Ursula
21. 12.:
Klaus-Jürgen Eichholz, Tochter Ute
25. 12.:
Ernst Kalthoff, Sohn Andreas
28. 12.:
Johann Röttgen, Tochter Andrea
30. 12.:
Hermann-Josef Ehrenberg, Sohn Raphael
2. 1.:
Kurt Brenner, Tochter Gabriele;
Heinz Schmitz, Sohn Friedhelm
3. 1.:
Wilhelm Robben, Tochter Barbara
4. 1.:
Herbert Eichholz, Tochter Doris
5. 1.:
Helmut Kleemann, Tochter Heike
und Sohn Horst; Josef Stachowiak,
Sohn Werner
7. 1.:
Lothar Weber, Tochter Gudrun
8. 1.:
Alois Mischke, Tochter Christel;
Günter Pawletta, Sohn Wolfgang
9. 1.:
Heinrich Pahsen, Tochter Gabriele
10. 1.:
H. Hugo Schmitz, Sohn Hans-Dieter;
Franz Hagedorn, Sohn Ulrich
11. 1.:
Helmut Friedmann, Tochter Sonja;

Heinz Link, Sohn Dietmar; Josef
Sip, Sohn Helmut; Helmut Datta,
Tochter Heike
12. 1.:
Lothar Peskes, Sohn Michael
13. 1.:
Werner Schütt, Sohn Hartmund;
Günter Heuwinkel, Sohn Hans-
Peter
14. 1.:
Paul Bohnert, Tochter Marion; Dr.
Alfred Heese, Sohn Matthias
15. 1.:
Hermann Neuhaus, Tochter Ulrike
17. 1.:
Gerhard Gröber, Tochter Marion
18. 1.:
Friedrich Peiter, Tochter Petra
19. 1.:
Gustav Berndsen, Sohn Armin
20. 1.:
Arno Klodt, Tochter Cornelia
21. 1.:
Alfred Schröder, Sohn Reiner
22. 1.:
Wilhelm Bahmann, Tochter Beate;
Heinz Schindler, Tochter Christa;
Johann Schumacher, Sohn Andreas
23. 1.:
Karl-Heinz Oynhausen, Sohn Jörg
24. 1.:
Friedrich Kubullek, Tochter Margit
25. 1.:
Paul Bourtscheidt, Tochter Heike
27. 1.:
Rolf Mayer, Tochter Angelika
28. 1.:
Karl-Franz Hogrebe, Tochter Evelyn

29. 1.:
Hans-Wilhelm Zirwes, Sohn Volker
30. 1.:
Karl Hornaus, Sohn Michael; Fritz
Nelz, Sohn Ulrich; Leo Schweda,
Tochter Birgitta
31. 1.:
Heinz Kobs, Sohn Jürgen
1. 2.:
Jakob Balzereit, Sohn Manfred
2. 2.:
Fritz Gerner, Tochter Heike

Eheschließungen:

20. 12.:
Manfred Wolff mit Geneveva Fal-
kenstein
21. 12.:
Klaus Schumann mit Ingrid Scherff
27. 12.:
Georg Jednoralski mit Ruth Heinig
2. 1.:
Willi Offermann mit Marianne Po-
korny
3. 1.:
Thea Klapheck mit Berta Ripp;
Wilhelm Kreienberg mit Elfriede
Knühmann
4. 1.:
Kurt Cornelius mit Gertrud Deppe
8. 1.:
Günter Wozniak mit Brigitte Preller
10. 1.:
Wilhelm Behre mit Juliane Termeer;
Alfred Giera mit Anna Esser
11. 1.:
Johannes Hugemann mit Irmtraud
Beckmann; Gerhard Pospich mit
Elfriede Lüpkes

15. 1.:
Hermann Korzmann mit Renate
Mandrysch
17. 1.:
Heinrich Ostendorp mit Inge Jasper
18. 1.:
Manfred Allmüller mit Ruth Schabe;
Hans Boos mit Gisela Silbernegel;
Manfred Hafke mit Marlene Schol-
ten
21. 1.:
Alfons Skotschke mit Ingrid Wolters
23. 1.:
Karl-Heinz Pieper mit Inge Probian
24. 1.:
Heinz Igelbusch mit Margarete
Kiefer

WERK GELSENKIRCHEN

Geburten:

31. 12.:
Ernst Bojahr, Sohn Gerhard
3. 1.:
Friedrich Klahölter, Sohn Bodo
5. 1.:
Erich Rogalla, Tochter Karin
13. 1.:
Reinhard Wehner, Tochter Elisabeth

Eheschließungen:
30. 12.:
Paul Lindenblatt mit Vera Bogoczek
24. 1.:
Adolf Wagenknecht mit Else Mar-
schall
30. 1.:
Helmut Ditz mit Anna Hülshager

Neueinstellungen - Ernennungen

Neueinstellungen:

2. 1.:
Betriebsassistent Frederik de Lede,
Maschinelle Hilfsbetriebe
Elektromeister Hans Schäfer, Ma-
schinelle Hilfsbetriebe
Betriebsingenieur Dipl.-Ing. Klaus
Schweisgut, Leichte Profilstrafen

Dipl.-Ing. Friedrich Wilhelm Höl-
scher, Assistent des Technischen Lei-
ters der Abt. Verkehr
3. 2.:
Marion Dittmeyer, Leiterin des
Werksgasthauses
Betriebsassistent Dipl.-Ing. Klaus
Tenbergen, Martinwerk II

Ernennungen:

2. 1.:
Dr.-Ing. Walter Heldt, zum Leiter
des Elektrischen Betriebes Hochöfen
8. 1.:
Dipl.-Ing. Max Althoff, zum Leiter
des Martinwerkes I
Josef Auer, zum Leiter des Rotor-
Stahlwerkes
Dr.-Ing. H. Birnbaum, Hochofenbe-
trieb Leitung, zum Betriebsdirektor

Dipl.-Ing. Heinz Meier-Ebert, Ma-
schinenbetriebe Leitung, zum Ober-
ingenieur
Dipl.-Ing. Heinz Pottgießer, zum
stellvertretenden Leiter des Mar-
tinwerkes II
1. 2.:
Franz Hüttermann, Maschinenbe-
trieb Stahl- und Walzwerke, zum
Betriebsingenieur

50jähriges Dienstjubiläum:

Adam Külzer, Abt. Verkehr
40jähriges Dienstjubiläum:
Johann Grünwald, Abt. Verkehr
Max Höfner, Abt. Verkehr
Anton Leukel, Werk Gelsenkirchen

Wilhelm Pasch, Hochöfen Kraft-
betrieb
Heinrich Rölling, Schwachstrom-
betrieb
Peter Rüttermann, Sozialbetriebe
Josef Wagner, Abt. Verkehr

25jähriges Dienstjubiläum:

Karl Anhäuser, Hochöfen Kraft-
betrieb
Wilhelm Menges, Elektrischer Be-
trieb Stahl- und Walzwerke
Karl Reuter, Hochöfen Reparatur-
betrieb

Hermann Tix, Werk Gelsenkirchen

Ihre Diamantene Hochzeit feierten:
20. 2.:
Johann Baumann und Frau

Unsere Jubilare im Februar

25. 12.:
Gerhard Reussink, Pensionär
2. 1.:
Friedrich Löblein, Pensionär
2. 1.:
Peter Wierich, Pensionär
5. 1.:
Herbert Dettmann, Blechwalzwerke
Christoph Konrad, Pensionär
6. 1.:
Gerda Neuhaus, Abt. Verkauf

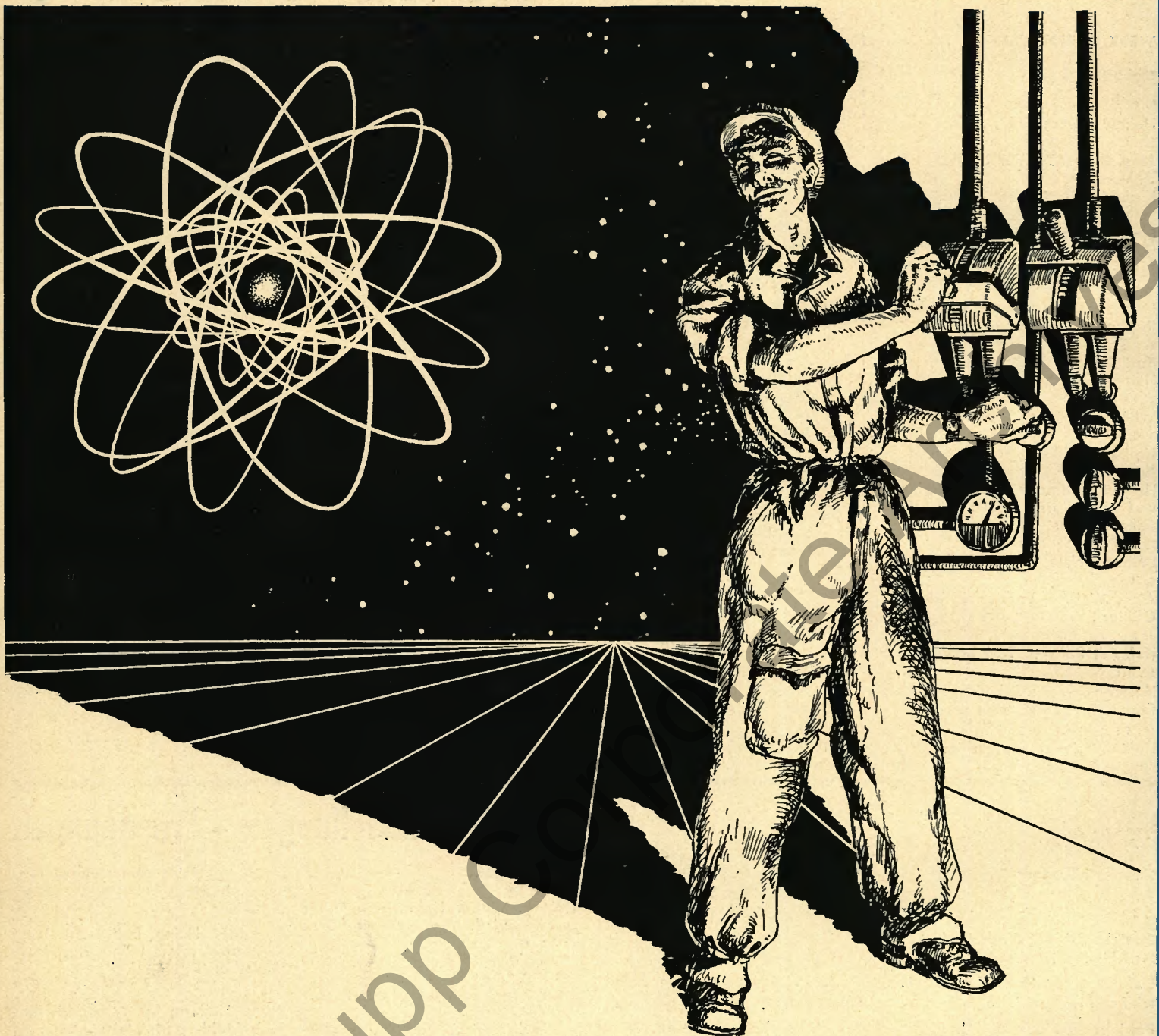
7. 1.:
Emil Preusser, Pensionär
Georg Schwender, Pensionär
8. 1.:
Jakob Horn, Pensionär
9. 1.:
Johann Winkels, Pensionär
10. 1.:
Roman Radtke, Martinwerke
14. 1.:
Hermann Freund, Pensionär

16. 1.:
Karl Winter, Pensionär
17. 1.:
Adam Jacobs, Pensionär
20. 1.:
Rudolf Kiwitz, Baubetrieb Stahl-
und Walzwerke; Heinrich Müller,
Pensionär
21. 1.:
Peter Lamby, Pensionär

23. 1.:
Johann Bleuel, Abt. Verkehr
Dietrich Raemer, Pensionär
24. 1.:
Georg Huppertz, Pensionär
Christian Stenten, Pensionär
25. 1.:
Heinrich Koenen, Pensionär
29. 1.:
Andreas Behrendt, Hochofenbetrieb

† Sie gingen von uns

Echo der Arbeit



. . . was geht hier vor?

Ein Mann an der Schalttafel — ein paar Handgriffe an Kontrollhebeln — und schon sind unzählige menschliche Arbeitskräfte ausgeschaltet, ersetzt durch ein technisches Wunder.

Müssen wir Angst haben vor den möglichen Folgen, die sich aus der neuen technischen Entwicklung ergeben? Wird die Automation den Menschen überrunden, ihn überflüssig machen? Fachleute und Wissenschaftler sagen „nein“! Die Wirtschaft wird mehr und bessere Fachleute brauchen als zu früheren Zeiten. Wir haben keinen Grund zur Resignation. Notwendig ist nur die rechte Einstellung zu den neu auftauchenden Problemen. Menschliche Aufgaben gewinnen stärkere Bedeutung:

- Höhere Verantwortung des Einzelnen
- Stärkeres moralisches Bewußtsein
- Selbstdisziplin und Bescheidenheit

sind die Eigenschaften, die eine Führungspersonlichkeit auszeichnen sollten. Bald werden diese Tugenden für den allgemeinen Fortschritt unserer Industrie ebenso große Bedeutung haben wie die Erfindungen aus den Versuchsabteilungen und Laboratorien.

Kürzlich schickte die amerikanische Bell Telephone Corporation ihre jungen Direktoren für zehn Monate zum Studium der Philosophie auf die Universität von Pennsylvania. Das wäre vor einigen Jahren noch kopschüttelnd belächelt worden. Heute zerbrechen mit dem Wandel des naturwissenschaftlichen Weltbildes alte Denkformen und überholte Vorstellungen. Eine neue Auffassung vom Wesen industrieller Führung entsteht. Sie muß die moralischen und sozialen Folgen der neuen Entwicklung einschließen und das Gesicht der Wirtschaft von morgen bestimmen.

Der Mensch bleibt Herr der Gewalten!